

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbedatt und Anzeiger).

Rechtsblatt: Tageblatt Riesa.
Gesetz Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsstaatsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1330
Gesetz Nr. 22.

Nr. 157.

Sonnabend, 8. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, monatlich 22,- Mark ohne Beigerglocken. Einzelnummer 1,75 Mark. Angezeigen für die Nummer des Ausgabekreises sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Städen wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Seite (6 Silben) 5,- Mark; zentralen und tabellarischen Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 1,00 Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabat erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber im Konkurs steht. Auslieferungs- und Verkaufsort: Riesa. Nächttige Unterhaltungsstätte "Gräbler an der Elbe". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verförderungsseinrichtungen - hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung, aber auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. v. G. Leibgräber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Auf Blatt 628 des Handelsregister ist heute eingetragen worden die Firma: Linke-Holmann-Lauschammer, Aktiengesellschaft, Abteilung Stahl- und Walzwerk Riesa. Zweigniederlassung in der Breslau bestehende Aktiengesellschaft Linke-Holmann-Lauschammer.

Der Gesellschaftsvertrag ist nach den Beschlüssen der Generalversammlungen vom 29. März 1920 und 20. September 1920, 16. Mai und 13. Juni 1922 unter dem 12. Juni 1922 festgestellt worden.

Gegenstand des Unternehmens ist die Fortführung der in Breslau unter der Firma G. Linke's Söhne betriebenen Eisenbahnwagenfabrik sowie infolge Vereinigung mit der Maschinen-Bau-Aktiengesellschaft Breslau, G. m. b. H., ferner mit der Waggonfabrik Gebr. Hofmann & Co. Aktiengesellschaft in Breslau und mit der Waggonfabrik Aktien-Gesellschaft vormals A. Herbrand & Co. zu Köln-Ehrenfeld, die Herstellung von Eisenbahnwagen, Lokomotiven und Maschinen aller Art, die Anfertigung sämtlicher zum Bau, zur Ausrüstung und zum Betriebe von Eisenbahnen und sonstigen Verkehrswegen und für jegliche andere Verwendung erforderlichen Gerüste, der Erwerb und die Errichtung dazu dienender Anlagen, und ist durch Vereinigung mit der beim Amtsgericht Riesa eingetragenen Aktiengesellschaft Lauschammer in Riesa erweitert worden.

Die Gesellschaft darf Zweigniederlassungen und Agenturen errichten, auch industrielle Unternehmungen erwerben oder sich an ihnen beteiligen.

Das Grundkapital beträgt seit der letzten Erhöhung dreihundert Millionen Mark und gliedert sich in 304 860 Aktien und zwar 11 000 Aktien zu 300 Mark, 5450 Aktien zu 1200 Mark, 284 910 Aktien zu 1000 Mark und 3500 Aktien zu 1500 Mark, sämtlich auf den Titel lautend.

Zu Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt:

- a) Dr. Ing. Friedrich Götsch in Breslau,
- b) Dr. Ing. Walther Höntsch in Breslau,
- c) Direktor Siegfried Goossens in Köln-Ehrenfeld,
- d) Generaldirektor Dr. Adolf Wietek in Lauschammer,
- e) Direktor J. Paul Goossens in Breslau,
- f) Direktor Friedrich Möller in Lauschammer,
- g) Direktor Carl Beuthing in Lauschammer,
- h) Direktor Max Hertel in Breslau,
- i) Direktor Carl Overhoff in Köln-Ehrenfeld,
- j) Direktor Heinrich Koppenberg in Riesa,
- k) Direktor Richard Lipmann in Gröba,
- m) Direktor Carl Wilhelm in Breslau.

n) Direktor Erich Bühl in Lauschammer.

Der Vorstand gibt mit verbindlicher Kraft für die Gesellschaft seine Willensklärungen kund und zeichnet für die Gesellschaft verantwortlich, dass der Gesellschaftsfirmawahlweise die Unterschrift

a) zweier Vorstandsmitglieder,
b) eines Vorstands- und einesstellvertretenden Vorstandsmitgliedes,
c) zweierstellvertretender Vorstandsmitglieder,
d) eines Vorstands- oder stellvertretenden Vorstandsmitgliedes und eines Prokuristen, beigesetzt wird.

Amtsgericht Riesa, den 4. Juli 1922.

Der Rat der Stadt Riesa.

Ar.

Beslaggen der Häuser.

An die Einwohnerschaft der Stadt Riesa richten wir, damit nicht in der ohnehin ersten und schweren Zeit, die über Volk und Vaterland durch ruchlose Verbrennungsverbände gebracht worden ist, die einzelnen Volkskreise gegeneinander aufgerichtet werden, die dringende Aufruhr und Mahnung, bei Gelegenheiten, die ihnen zum Beslaggen und Schmücken der Häuser Anlass geben, nur in den Reichsfarben (Schwarz-rot-gold), den Landesfarben (weiß-grün) oder den Stadtfarben (blau-weiß) zu flaggen, wo solche Fahnen aber nicht vorhanden sind, von Beslaggen abzuweichen und sich mit sonstiger Häuserschmückung zu begnügen.

Riesa, den 6. Juli 1922.

Der Rat der Stadt Riesa.

Riesa, den 8. Juli 1922.

* Offizielle Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Riesa am Dienstag, den 11. Juli 1922, abends 8 Uhr, in der Oberrealschule. 1. Beschlussfassung über das Ausscheiden eines Mitglieders aus dem Stadtverordneten-Kollegium. 2. Erhöhung der Vorflutbegrenzung. 3. Ratsbeschluss, den Haushaltplan betr. 4. Bewilligung von Mitteln für bauliche Ausführungen in der Knabenschule. Berichterstatter: Herr Stadtv. Pieglisch. 5. Desegeln in der Mädchenschule. Berichterstatter: Herr Stadtv. Schumann. 6. Bewilligung von Mitteln zur Ausführung von Malerarbeiten in der Oberrealschule. 7. Bewilligung von Mitteln für außerordentliche Bauausführung im Rittergut. Berichterstatter: Herr Stadtv. Thomas. 8. Erhöhung der Nebt- und Schuerlöhne. 9. XV. Nachtrag zur Gemeindesteueroberordnung. 10. XII. Nachtrag zu den Vorrichten für das Einwohner- und Fremdenmeldeverfahren. 11. XI. Nachtrag zur Marktordnung für die Stadt Riesa. Berichterstatter: Herr Stadtv. Illgen. 12. Bewilligung von Mitteln für Straßenumbenennungen. 13. Ratsbeschluss, die Besoldungsordnung betr. Berichterstatter: Herr Stadtv. Mehlhorn. 14. Danachschreiben des Stenographenvereins.

* Notkreuz-Opferfest in Riesa. Das Sächsische Rote Kreuz verankert in der Zeit vom 8. bis 16. Juli 1922 in ganz Sachsen Notkreuz-Opferstage. In Riesa soll ein solcher Opferstag Mittwoch, den 12. Juli, stattfinden und zwar im Hinblick auf den Ernst der Zeit lediglich in Gestalt einer Haus- und Büchsenammlung. Die Erträge des Notkreuz-Opferages sollen zur Stärkung des vom Alber-Zweigverein gestifteten Krankenhaus-Freibetten-Fonds für bedürftige Riesaer Einwohner Verwendung finden. Rübersiehe Angekündigt.

* Beslaggen der Häuser. Eine amtliche Bekanntmachung des Rates in heutiger Nr. d. Bl. fordert die Einwohnerschaft auf, beim etwaigen Beslaggen der Häuser nur in den Reichsfarben (Schwarz-rot-gold), den Landesfarben (weiß-grün) oder den Stadtfarben (blau-weiß) zu flaggen, anderenfalls davon abzusehen.

* Schulauskunft. Montag, den 10. Juli, nachm. 5 Uhr, findet im Rathaus-Sitzungssaal öffentliche Schulauskunftssitzung statt. Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

* Bootstaufe. Dem Ruderverein Riesa, der morgen, Sonntag, nachmittag 2 Uhr in der mit Spannung erwarteten Bootswettfahrt eine Probe seines Rennens ablegen wird, ist es verordnet, am selben Tage einen neuen

Vierer, den zweiten in diesem Jahre, zu kaufen. Dieser ist für die neugegründete Schülerriege des Vereins bestimmt und von Freunden des Jugend getilgt worden. Die Taufe findet 11 Uhr vormittags im Bootshaus statt. Alle Freunde des Rudersports und der Jugend sind dazu herzlich eingeladen.

* Das Reit- und Fahrtturnier des Militärvereins "Deutsche Kavallerie" in der ehemaligen 32er-Kaserne beginnt morgen nachmittag 2.30 Uhr. Es dürfte manches Interessante bieten und viele Zuschauer anlocken.

* Elternversammlung. Die Leitung der Knabenschule hatte für Freitag eine Elternversammlung einberufen, die nach den ortsgeschichtlichen Bestimmungen darüber zu entscheiden hatte, ob für das laufende Jahr ein Elternrat gewählt werden sollte. - Von rund 1500 Wahlberechtigten waren nur 271 erschienen. Trotzdem die Anwesenden einstimmig für Einrichtung eines Elternrates waren, gilt der Antrag zunächst als abgelehnt, da nach der Ortschulordnung die Zahl der für Einrichtung des Elternrates Abstimmenden ein Drittel der Wahlberechtigten übersteigen muss. - Deshalb wurde einstimmig beschlossen, die städtischen Körperschaften zu bitten, baldmöglichst diese einchränkenden Bestimmungen der Ortschulordnung aufzuheben, die auch in Widerpruch stehen zu Verordnungen des Kultus-Ministeriums, nach denen in Dresen, wo bereits ein Elternrat besteht, ohne weitere Neuwahl vorgenommen werden können, ohne das vorher eine Elternversammlung darüber besonders Beschluss fassen muss. - Weiter wurde einstimmig beschlossen, den bisherigen Elternrat trotz Ablauf seiner Amtszeit bis zur erfolgten Neuwahl bestehen zu lassen. Die Notwendigkeit eines Elternrates wurde sowohl von Vertretern der Eltern wie von Vertretern der Lehrerschaft anerkannt und dabei besonders das reibungslose, beide Teile befriedigende Zusammenarbeiten des Elternrates der Knabenschule mit der Lehrerschaft hervorgehoben. In der Aussprache zeigte ein Vater, dass viele Fragen ein Zusammenarbeiten von Lehrerschaft und Elternvertretern unbedingt notwendig machen: Durchführung der Arbeitsschule, Hausaufgaben, Unterrichtsbeginn, Spieldurchmitten, Ferienaufenthalte, Beschafftheit und Ausstattung der Schulgebäude, Offenheitlichkeit des Unterrichts usw. Bedenkt wurde, dass darauf hingewiesen, wie wenig Interesse viele Kreise der Eltern Schulfragen entgegenbringen.

* Vom Arbeitsmarkt. Im Vergleich zum Vormonat hat im Monat Juni die Vermittlung bei der bisherigen Bezirksarbeitsnachweistelle etwas nachgelassen. Ganz besonders bemerkbar war dies im Bauwesen, was jedenfalls auf den Mangel an Bauarbeiterinnen und zuletzt auch auf den Mangel an Material zurückzuführen ist. Nur im Metallgewerbe bestand noch rege Nachfrage nach fräftigen Arbeiterinnen sowie auch nach Fachleuten. Dieser Bedarf bezieht auch heute noch weiter. Ebenso ist noch sehr grohe Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Trockenfäßiger Bezahlung ist die Vermittlung kaum nennenswert. Im Monat Juni waren hier 871 männliche Arbeitssuchende gemeldet. Demgegenüber standen 753 offene Stellen. In Stellen untergebracht wurden jedoch nur 612 männliche Arbeitskräfte. Es verblieben am Schluss des Monats noch 103 männliche Arbeitssuchende hier gemeldet. An weiblichen Arbeitssuchenden waren 439 hier eingetragen. Offene Stellen waren 67 zu verzeichnen gewesen. Am Schluss dem Monat mussten 281 Arbeitssuchende in den neuen Monat übernommen werden. Die Zahl der hier gemeldeten Arbeitssuchenden betrug zu Beginn des Monat Juli insgesamt 338 Arbeitssuchende. Auch für Monat Juli besteht keine Aussicht, dass eine Anzahl ungelerner weibliche Arbeiterinnen in der Industrie Beschäftigung finden könnten. Die Nachfrage nach weiblichen Dienstboten im Bezirk und noch auswärts ist noch sehr groß, ebenso verhält es sich mit Arbeitskräften für die Landwirtschaft.

* Der neue Arbeitsmarkt. Wie und der wieviel-

Nachmeldung betreffend.

Die gleichzeitig vorgeschriebene diesjährige Nachmeldung der Mahe, Gewichte, Wagen und Mehrwerkzeuge findet nach einer Verordnung des Hauptamtes in Dresden vom 10. Juni 1922 für den Stadtbezirk Riesa statt am

17. Juli 3-5 Uhr nachm., 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. Juli.

am Gebrauchsorte: 21. und 22. August je 7½-12 Uhr und 1½-5 Uhr.

Jeder, der eispielerische Längenmaße, Flüssigkeitsmaße, Mehrwerkzeuge für trockene Gegenstände, Gewichte und Wagen, mit Ausnahme der in den nächsten zwei Abschnitten bezeichneten, im öffentlichen Verkehr verwendet, hat sie in der von uns einem jeden Beteiligten vorher schriftlich mitgeteilten Zeit, gehörig berichtet und in rechtem Zustande einzurichten. Andernfalls ist der Giebbeamte befugt, sie zurückzumelden. Mehrwerkzeuge (sogenannte Petroleumsmasse) sind, wenn sie nicht angelötet sind, ebenfalls im Nachweislokal vorzulegen; ebenso hat die Vorlegung der Wagebaiken mit den Wagenschalen zu erfolgen. Wagen und Gewichte aus Brennereien sind ebenfalls bereit zu halten.

Bandnähte von mehr als 2 m Länge und Präzisionsmeßgeräte sind zum Zwecke der Nachmeldung bei dem Hauptamte in Dresden vorzulegen.

Für Wagen, die für eine größte zulässige Last von 3000 kg und darüber bestimmt sind, und für festfundamentierte Wagen ist die Nachmeldung nach Ablauf der dreijährigen Frist bei dem Hauptamte in Dresden zu beantragen. Die Nachmeldung der Mehrgeräte, die am Gebrauchsorte in nicht oder nur schwerlösbarer Weise befestigt sind, oder deren Herstellung zur Nachweisstelle wegen ihrer Größe oder Sonderart mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, erfolgt an Ort und Stelle. Zu diesem Zwecke ist neben den Wagen, nicht auf denselben, tote Last in Höhe von mindestens der Hälfte der Tragkraft der Wage bereit zu halten. Die Besitzer solcher Mehrgeräte haben sie aber bei Beginn der Nachmeldung dem Giebbeamten anzumelden, der die Zeit der Nachmeldung bestimmt kann.

Wir weisen noch darauf hin, dass die Gebühren für die Nachmeldung sofort bei der Nachmeldung zu entrichten sind und da ohne Bezahlung der Gebühren die vorgelegten Mehrgeräte nicht ausgebändigt werden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 4. Juli 1922.

Die diesjährige Obstnützung

der Bezirksstraße Riesa-Röberau soll im Auftrage der Amtshauptmannschaft Großenhain verpackt werden. Schriftliche Angebote sind bis 10. Juli beim Unterzeichneten einzureichen.

Die anliegenden Gemeinden werden auf diese Gelegenheit zur Erlangung von Obst für ihre Ortsbewohner besonders hingewiesen. Denning, Oberamtsstrassenmeister.

Die Obhutung an der zum Tr. Pl. Zeithain gehörigen Abendrothstraße und auf dem Flurstück 173a des Flurbuchs für Boderau wird

Dienstag, den 25. Juli 1922, vormittags 10 Uhr im Geschäftszimmer 20 verordnet. Die vorher einzuhaltenden Bedingungen liegen dasselbe aus. Aufschlagsfest 2 Wochen.

Finanzamt (M.-Z. -Verw.) Tr. Pl. Zeithain.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesa

- Bahnhofstraße Nr. 17, Tel. Nr. 40.

Kostenlose Arbeitsvermittlung und Stellennachweis für Ledermann.

Meldezeit für Frauen vorm. 8-10, für Männer 10-12 Uhr.

Offene Stellen für: 15 Böttcher, 1 Möbelsticker, 1 Holz-Drechsler, 3 Maler, 1 Sattler (Wagenbauer), 1 Friseur, 2 Siegelschreiber, 1 Klempner, 2 Fabrikschlosser, mehrere Maschinen- und Waschläufer, Schmiede, Kesselfabrik, Dreher, Elektriker, 2 Stenotypistinnen, 1 Haushälterin für Hotel, mehrere Landarbeiter, Pferdebrüder, Lasterjungen, Bläger, Schweizer, Wirtschaftsgesellen, Hausmädchen, Küchenmädchen, Zimmermädchen, 1 Sattlerlehrling, 1 Friseurlehrling, 1 Tischlerlehrling, Heimarbeiterinnen (Haararbeiten).

Vierer, den zweiten in diesem Jahre, zu kaufen. Dieser ist für die neugegründete Schülerriege des Vereins bestimmt und von Freunden des Jugend getilgt worden. Die Taufe findet 11 Uhr vormittags im Bootshaus statt. Alle Freunde des Rudersports und der Jugend sind dazu herzlich eingeladen.

* Das Reit- und Fahrtturnier des Militärvereins "Deutsche Kavallerie" in der ehemaligen 32er-Kaserne beginnt morgen nachmittag 2.30 Uhr. Es dürfte manches Interessante bieten und viele Zuschauer anlocken.

* Elternversammlung. Die Leitung der Knabenschule hatte für Freitag eine Elternversammlung einberufen, die nach den ortsgeschichtlichen Bestimmungen darüber zu entscheiden hatte, ob für das laufende Jahr ein Elternrat gewählt werden sollte. - Von rund 1500 Wahlberechtigten waren nur 271 erschienen. Trotzdem die Anwesenden einstimmig für Einrichtung eines Elternrates waren, gilt der Antrag zunächst als abgelehnt, da nach der Ortschulordnung die Zahl der für Einrichtung des Elternrates Abstimmenden ein Drittel der Wahlberechtigten übersteigen muss. - Deshalb wurde einstimmig beschlossen, die städtischen Körperschaften zu bitten, baldmöglichst diese einchränkenden Bestimmungen der Ortschulordnung aufzuheben, die auch in Widerpruch stehen zu Verordnungen des Kultus-Ministeriums, nach denen in Dresen, wo bereits ein Elternrat besteht, ohne weitere Neuwahl vorgenommen werden können, ohne das vorher eine Elternversammlung darüber besonders Beschluss fassen muss. - Weiter wurde einstimmig beschlossen, den bisherigen Elternrat trotz Ablauf seiner Amtszeit bis zur erfolgten Neuwahl bestehen zu lassen. Die Notwendigkeit eines Elternrates wurde sowohl von Vertretern der Eltern wie von Vertretern der Lehrerschaft anerkannt und dabei besonders das reibungslose, beide Teile befriedigende Zusammenarbeiten des Elternrates der Knabenschule mit der Lehrerschaft hervorgehoben. In der Aussprache zeigte ein Vater, dass viele Fragen ein Zusammenarbeiten von Lehrerschaft und Elternvertretern unbedingt notwendig machen: Durchführung der Arbeitsschule, Hausaufgaben, Unterrichtsbeginn, Spieldurchmitten, Ferienaufenthalte, Beschafftheit und Ausstattung der Schulgebäude, Offenheitlichkeit des Unterrichts usw. Bedenkt wurde, dass darauf hingewiesen, wie wenig Interesse viele Kreise der Eltern Schulfragen entgegenbringen.

* Vom Arbeitsmarkt. Im Vergleich zum Vormonat hat im Monat Juni die Vermittlung bei der bisherigen Bezirksarbeitsnachweistelle etwas nachgelassen. Ganz besonders bemerkbar war dies im Bauwesen, was jedenfalls auf den Mangel an Bauarbeiterinnen und zuletzt auch auf den Mangel an Material zurückzuführen ist. Nur im Metallgewerbe bestand noch rege Nachfrage nach fräftigen Arbeiterinnen sowie auch nach Fachleuten. Dieser Bedarf bezieht auch heute noch weiter. Ebenso ist noch sehr grohe Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Trockenfäßiger Bezahlung ist die Vermittlung kaum nennenswert. Im Monat Juni waren hier 871 männliche Arbeitssuchende gemeldet. Demgegenüber standen 753 offene Stellen. In Stellen untergebracht wurden jedoch nur 612 männliche Arbeitskräfte. Es verblieben am Schluss des Monats noch 103 männliche Arbeitssuchende hier gemeldet. An weiblichen Arbeitssuchenden waren 439 hier eingetragen. Offene Stellen waren 67 zu verzeichnen gewesen. Am Schluss dem Monat mussten 281 Arbeitssuchende in den neuen Monat übernommen werden. Die Zahl der hier gemeldeten Arbeitssuchenden betrug zu Beginn des Monat Juli insgesamt 338 Arbeitssuchende. Auch für Monat Juli besteht keine Aussicht, dass eine Anzahl ungelerner weibliche Arbeiterinnen in der Industrie Beschäftigung finden könnten. Die Nachfrage nach weiblichen Dienstboten im Bezirk und noch auswärts ist noch sehr groß, ebenso verhält es sich mit Arbeitskräften für die

durch bejähungsfrohes Bild von dem Dunkel des Heidentumess und der Arbeit der Mission, die für die heidnischen Seelen den Morgen heraufzuführt. In der Nachversammlung im Gotteshaus wurde zunächst ein kurzer Kassenbericht erstattet, der für 1921 eine Einnahme von 2886 Mark für die Mission aufwies. Nach einer Darstellung der augenblicklichen Lage der Leipziger Mission durch den Vorstand erschiff der Prediger wieder das Wort, um das Leben der Kunde im vormaligen Deutsch-Ostafrika, seine Sitten und Brauchtümer zu schildern, und dann in eindrucksvoller Weise die Wirkung des Christentums in der inneren Überwindung harter graulamer Sitten durch seine neuen Befinner darzutun. Der erfahrene und im Kriege schwergeprüfte Missionar stand dankbare und ergriffene Huber, die gesamte Festfeier, die frischlich vom Kirchenvorstand vorbereitet war, verließ unter Mitwirkung des Kirchenvorstands, des Männergesangsvereins und des gemischten Chores der Freigemeinde sowie des Posaunenchors des Jungmänner-Vereins zu Gröba aus best und war wohl dazu angeleitet, die Herrlichkeit und Größe der Mission den Herzen wieder nahe zu bringen. Die Sammlung, die dem Herrnhuter Missionarwerke zu gute kommt, betrug 1047 Mark.

* * Verständiger Besitz. Bei einem wegen anderer Straftaten verfolgten Schmied ist unter anderem auch eine schwer goldene Damenuhr mit goldenem feingoldiger Ketten gelehnt worden, die zweifellos mittels strafbarer Handlung erlangt ist. Der Verlustträger wolle sich bei der Gendarmeriestation Meissner in der Standesstraße melden.

* * Steueraufklärungskursus. Die Kaufleute, Gewerbetreibende und Handwerkmeister werden darauf aufmerksam gemacht, daß ein dritter Steueraufklärungskursus am Dienstag, den 11. Juli, abends 8 Uhr im Restaurant "Elberstraße" Meissner beginnt. Die Herren, die beim letzten Kursus verhindert waren zu erscheinen, können ihren Beitritt bei den Herren Bergmann, Hauptstraße, und Stücke, Albertplatz, erklären. Räumers im heutigen Interat.

* * Die Entscheidung über das Volksbegehren. Die Feststellung des Abstimmungsergebnisses des Volksbegehrens in ganz Sachsen wird nunmehr, wie der Landeswahlleiter amtlich bekannt gibt, endgültig am Sonnabend, den 8. Juli, in Dresden erfolgen. Infosofern ist nunmehr bestimmt damit zu rechnen, daß das Volksbegehren beginnt, die Abstimmung auf Auflösung des Landtages auf die Tagesordnung der für nächste Woche vorgesehenen Landtagssitzung kommen und so die Entscheidung über das Volksbegehren noch in der kommenden Woche fallen wird.

* * Der Untersuchungsausschuß im Falle Schwarz. Der Untersuchungsausschuß im Sachsischen Landtag in Sachsen: "Leben mit Unterbrechung des Wirtschaftsministeriums" erklärt folgende Erklärung: "Der Untersuchungsausschuß in Sachsen Lebensmittelbeschaffung des Wirtschaftsministeriums erklärt, da er wegen der Landtagsberichte seine Tätigkeit ausstellt, daß aus den bisherigen Verhandlungen sich nicht der mindeste Anhaltspunkt ergeben hat, an der persönlichen Ehrenhaftigkeit des früheren Wirtschaftsministers Schwarz zu zweifeln, wie dies bereits im Beschluss vom 29. 6. 1921 vom Untersuchungsausschuß festgestellt worden ist."

* * Das Goldzoll-Ausfeld wird häufig wieder unüblich unter Veröffentlichung des Dollarurteils der vorhergegenden Woden festgestellt werden. Für die Zeit vom 12. bis einschließlich 18. Juli 1922 beträgt das Goldzoll-Ausfeld 7000.

* * Minister Hellrich zu politischen Lage. In einer Volksversammlung in Löbau sprach Wirtschaftsminister Hellrich u. a. über die politische Lage und sagte bei Befragung des Gesetzes zum Schutz der Republik, es handle sich nicht um ein Ausnahmegericht, denn es richte sich nicht gegen ihre Rechte vertretende Staatsbürger, sondern gegen gemeine Mörder und ihre Helfer. Dabei bedauert Hellrich, wie die Dresdner Volkszeitung berichtet, ein gewiss Verhalten der Arbeiter besonders der Grünen Postkette gegenüber. Diese sei nicht, wie die Reichswehr, monarchisch, sondern siehe zur Republik. Keine Regierung könne ohne eine öffentliche Gewalt bestehen. Auch die Republik brauche sie. Zur politischen Lage in Sachsen saßt der Minister u. a.: Beider ist selbst in Sachsen noch das Bürgeramt Triumf; die Vertreibung der Arbeiter verhindere, ganze Arbeit zu tun. Die Kommunisten können sich von ihren törichten Plänen noch nicht trennen. Die Staatskriminallage wird über das Schicksal der Regierung entscheiden; es gibt nur entweder Bewilligung oder Auflösung des Landtages, der die SPD. mit Muße entgegensteht. Einer früheren Auflösung konnte sie nicht aufkommen, weil eine solche Sachsen in der Gesetzgebung, insoweit Vernichtung vieler Vorarbeiten für noch zu schaffende Gesetze, mindestens 1½ Jahre zurückgeworfen hätte.

* * Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenenschluß. Das sächsische Ministerium des Innern, Personalamt, hat in einer im Ministerialblatt für die Sächsische innere Verwaltung vom 1. Dezember 1922 veröffentlichten Verfügung darauf hingewiesen, daß bei der Entlassung von Arbeitnehmern zur Verminderung der Arbeitsnehmerzahl bei den staatlichen Behörden Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene erst in leichter Linie entlassen werden sollen.

* * Die Rendungen in der Dresdner Polizei. Die gebrachte Meldung, daß der Regierungskommissar Haase zum Oberregierungskommissar befördert worden sei, ist, wie wir hören, unrichtig. Haase ist vielmehr nur aus seiner höheren Stellung bei der Kreishauptmannschaft zur Abteilung 3 ins Polizeipräsidium abkommandiert worden. Regierungskommissar Dr. Groß ist in die Amtsbaupräsidenten-Dresden-Neukirch versetzt und in Bezug auf Oberinspektor Poestel ist verfügt worden, daß er einkreislich anderweitig verwandt wird. Schließlich ist die Abteilung 3 dem Ministerium des Innern direkt unterstellt worden.

* * Kündigung der Bezeichnung "Armenrecht". Die Gewerkschaft Dresdner befürwortete, daß die in der Civilprozeßordnung noch vorhandenen Bezeichnungen "Armenrecht", "Armutssatz", "Armenanwalt" abänder werden, etwa in "Freirecht" oder "Kostenfreiheit", "Freiheit", "Freianwalt".

* * Pauli. In der Nacht zum 7. d. M. wurde einem Arbeiter in Pauli aus einem verschlossenen Schuppen mittels Einbruch ein neues Herrensofa im Wert von 6000 Mark gestohlen. Beschreibung des Stabes: Marke National, Rennen mit nach oben gebogener Lenkstange, Glocke mit der Aufschrift "Kurt Winkler, Neubauer", schwarzer Rahmenbau, rote Vereinfachung. Vor Ankauf wird gewarnt. Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man der Gendarmerie Meissner in der Standesstraße melden.

* * Jahnshausen. Am 5. d. M. ist im Jahnshausener Park in der Mittagsstunde an einem 10 Jahre alten Mädchen ein Stilflichtsverbrechen verübt worden. Der erkannte Täter hatte seinem Opfer ein Taschenmesser in den Mund gesteckt. Er ist jedoch in seinem Vorhaben gestört worden.

* * Dresden. Spielaug und Sport lautet das Thema der Jahresschau Deutscher Arbeit Dresden für 1923, zu deren Vorberatungen am 8. Juli Vertreter der Spielwaren-Industrie aus allen Teilen des Reiches durch den Verwaltungsrat der Jahresschau geladen waren. Der Vertreter des sächsischen Wirtschaftsministeriums Geheimrat Michael äußerte sich in sehr anerkennenden Worten über den schönen Erfolg, den die Jahresschau 1922 nach Abschluß des ersten Monats zu verzeichnen hätte und betonte, daß gerade in der gegenwärtigen für die Industrie so kritischen Zeit die Beteiligung an einer Ausstellung nach den Richtlinien der Dresdner Jahresschau, ganz besonders

günstig sein könnte, zumal die Jahresschau 1923 einen so stark genutzten Abschnitt wie die "Deutsche Weihnacht" bieten soll. Auch der Vertreter der Stadt Dresden Stadtrat Köppen lobte sich der staatlichen Anerkennung aus polter Ueberzeugung an und stellte auch die für das neue Unternehmen erforderlichen wirtschaftlichen Garantien von Seiten der Stadt in günstige Aussicht. Die Vertreter der Spielwaren-Industrie waren von dem Geschehen hochbefriedigt; sie werden alles daran legen, daß die kommende Jahresschau "Spielaug und Sport" eine würdige Fortsetzung der diesjährigen wird. — Der Kindertag in der Jahresschau nahm einen durch die Unschärfe der Witterung kaum beeinträchtigten, fröhlichen Verlauf. Alt und Jung beteiligten sich an dem Rundgang durch den Park unter Vorarbeit des Oberbayer-Mühl, und schon die Kleinsten risikierten ein Tanzen in der Übelste und spielten gar in der Ausstellungskasse. Großer Jubel herrschte, als ein 8-jähriges Kind einen Gewinn von 3000 M. erzielte. Die Ausstellungsbegleitung veranstaltet am nächsten Mittwoch, den 12. Juli, wiederum einen Kindertag mit neuen Überraschungen.

* * Dresden. An der Dresdner Heide wurde in der Nähe der Königsbrücke Staatsstraße ein Mann entdeckt mit einer Schußwunde in der Schulter ausgefunden, der als der 21jährige alte Marlithaler H. ermittelt wurde.

* * Eine Frau, deren Personalien sich noch nicht feststellen lassen, läßt sich von der Brüstung der Oberbrücke in die Elbe hinaus, konnte aber von einem Mann, der den Vorgang beobachtet hatte, gerettet werden. Die Lebensmüde wurde der Heil- und Pflegeanstalt angeführt.

* * Aman. Nach einem außerordentlich schwulen Tage wurde hier durch ein im Gefolge von Gewittern strichweise austretendes Hagelmetter ärgerliches Unwetter verursacht. In einer ansehnlichen Anzahl Häuser sind von den Hagelsturm-Schädelchen zerstört. Besonders grob ist der Schaden in einzelnen Wohnungen. Zum Glück dauerte der Hagelsturm, bei dem Elsterfläche bis zur Höhe der Elstergröde niedergingen, nur wenige Minuten.

* * Wölken. Im Wölken sind, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, nur zwei Tote als Opfer der letzten Ausbreitungen zu beklagen. Einer davon wurde gestern in Wölken, der andere ausdrücklich bestätigt.

* * Ein neuer parlamentarischer Untersuchungsausschuß.

Der Name „Heitmann“

und die Schuhmarke „Schuhvol im Stern“ sind allen praktischen Haushalten als Kennzeichen der besten Farben zum Selbstfärbeln von Kleidern, Gardinen, Strümpfen usw. längst bekannt.

Und die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde Rothhausen so trostlos, doch sich Rothhausen nur noch bis zum 1. Oktober über Wasser halten kann. Da mehrere Gemeinderatsmitglieder, in denen der Haushaltplan beraten werden sollte, beschlußfähig waren, hat nach dem Gesetz die Aufsichtsbehörde jetzt die Abstimmung vorzunehmen; mit anderen Worten: Rothhausen kommt unter Kuratel.

* * Verurteilung wegen Bekleidung. Das Schöffengericht in Gerstädt (Kreis Mansfeld) hat den Wollschuhlehrer Karl Schmid wegen Bekleidung des Oberpräsidenten Hörsing zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte batte in einer öffentlichen Versammlung den Hauptfeind, Hörsing, dabei in seiner Eigenschaft als Staatskommissar für Oberschlesien 2000 Paar Sittel und mehrere Wagons Apfelsinen und Zigaretten verschoben.

* * Wölker. Durch einen vorgestern abend über Stein niedergegangenen Gewitter, dem ein Wirbelsturm vorausging, wurden im Wölkerwerder-Hafen drei über das Hausdragende Balkone aus den Schleinen gehoben, wodurch die Masten dreier Dampfer und eines Segelbootes umgerissen wurden. Die umstürzenden Masten zerstörten zahlreiche Ausbauten der Dampfer. Auch ein Schwimmkran wurde beschädigt. Der Dampferfehrt im Wölkerwerder-Hafen ist dadurch für einige Zeit stillgelegt. Auf der Oder fand ein mit drei Personen besetztes Segelboot. Von den Insassen wurden zwei gerettet, während ein Matrose ertrank. Auf dem Dammsee fand ein mit fünf Personen besetztes Segelboot. Von den Insassen fehlt bis jetzt jede Spur.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 8. Juli 1922.

* * Ein neuer parlamentarischer Untersuchungsausschuß.

* * Berlin. Der Reichswehrminister hat, wie der Reichstagssprecher Loebe zu Bericht der gestrigen Reichstagssitzung mitteilte, an den Reichstag das Gesetz gerichtet, wegen der Anlässe und Beschimpfungen gegen die Reichswehr einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzurichten. Der Antrag wurde dem Reichstag überwiesen.

* * Eine Protestkundgebung bürgerlicher Beamter.

* * München. Die deutsch-nationale Beamtengruppe in der bürgerlichen Mittelpartei erklärt eine Protestkundgebung, wonach sie mit Entrüstung Kenntnis genommen hat von dem Entwurf eines Gesetzes, das die Rückkehr der Beamten zum Schutz der Republik regelt. Dieses Gesetz, insbesondere der § 10 b, raubt der deutschen Beamenschaft ihre in der Verfassung verankerte Freiheit der politischen Meinung und läßt nur die Wahl zwischen Gewissenslumperei und dem Verlust von Amt und Brod. Die deutsch-nationale Beamtengruppe der bürgerlichen Mittelpartei fordert alle Reichstagsabgeordneten, die sich noch Verständnis für die Bedeutung eines gefunden und charakterisierten Beamtentums bewahrt haben, auf, dieses Gesetz rundweg abzulehnen und die persönliche Freiheit und die Bürgerrechte der deutschen Beamenschaft zu schützen.

* * Gegen das Verbot der Regimentsfeiern.

* * Darmstadt. Der Verband hessischer Regimentsvereine bat im Namen von 20 000 ehemaligen Soldaten beim Reichsrat Beschwerde eingezogen gegen die Ausführungsbestimmungen des Reichstages zum Republikabgelebten, wodurch die verschiedenen Feiern und Veranstaltungen von ehemaligen Regimentsangehörigen verboten werden, weil hierdurch das Gesetz einseitig zur Anwendung kommt. Der Verband betont, daß die Regimentsvereine niemals Politik getrieben haben und daß auf keiner Veranstaltung in Dessen auch nur der leiseste Verdacht vorgekommen sei, der die Anwendung des Ausnahmegerichts zum Schutz der Reichsverfassung rechtfertigen könnte.

Politischer Terror.

* * Beuthen. Der volkische Terror in Polnisch-Oberschlesien gegen die deutschen Beamten und Arbeiter führt zur Stilllegung einzelner Hütten- und Grubenanlagen. So wurde gestern der Betrieb der König- und Vancashütte eingestellt, weil die deutschen Angestellten von ihren Arbeitsstätten vertrieben worden sind. Auch den Stichofenwerken in Chorzow droht dasselbe Schicksal. Die gleichen Zustände bestehen auf der Margaretha und der Gräfin Lauragrupe, sowie der Baldonhütte.

Von der Haager Konferenz.

* * Haag. Die Unterkommission für das private Eigentum hielt wieder eine Sitzung mit der russischen Kommission ab. Letztere machte Mitteilung über die Konzessionen, die den Privatgegenütern durch das Dekret vom 3. November 1921 gewährt werden. Es erklärt, daß die früheren Besitzer noch immer das Prioritätsrecht auf solche Konzessionen geltend machen könnten, die die Eledigung dieser Frage hängt aber von den zu erwartenden Krediten ab. Bis heute habe die Unterkommission für Kredite noch nichts bestimmtes darüber mitgeteilt. Der Vorsitzende Lloyd Greave erwähnte, daß die Unterkommission die Kredite keine Antwort geben könne, solange der allgemeine Zustand in Russland und die Art und Weise, in der die Kredite gegeben werden könnten, nicht bekannt seien. Krasslin habe versichert, daß die Erklärung Lloyd Greaves, laut welcher er gesagt habe, daß 90 Prozent des Eigentums in Russland zurückgegeben und für die übrigen 10 Prozent Entschädigungen erzielt werden sollten, solange der Kredit noch nicht abgeschlossen ist, der Unterkommission für Kredite keine Rückgabe gegeben und für die übrigen 10 Prozent Entschädigungen erzielt werden sollten, auf einem Verständnis beruhen müsse, weil er niemals so etwas gesagt habe. Es sei aber sehr wohl möglich, daß er in einer persönlichen Unterhaltung mit Lloyd George und anderen englischen Delegierten in Genf als seine persönliche Meinung gesagt habe, daß falls der Auftrag der Sowjetregierung angenommen würde, die Mehrheit der früheren Besitzer Anteile an ihren früheren Unternehmungen erhalten sollen, sodass das Problem der Entschädigung nur für die Minderheit der ehemaligen Besitzer bestehen bleiben würde.

* * Die Stellung der Schweiz zur Waffenkontrolle.

* * Bern. Der Bundesrat beschloß grundlegend, sich der Konvention von St. Germain, betreffend die Kontrolle des Munitions- und Waffenhandels, anzuschließen unter dem Vorbehalt, daß der Betrieb erst endgültig werden soll, wenn auch die anderen Staaten ihren Beitrag zur Konvention erklärt haben.

Das Abkommen über die Elbenschiffahrt.

* * Paris. Poincaré hat dem Büro der Kammern ein Gesetz eingereicht, das in Dresden zwischen Frankreich, Belgien, England, Italien, der Tschechoslowakei und Deutschland geschlossene Abkommen über die Schifffahrt auf der Elbe bestätigt.

Das Wiesbadener Abkommen.

* * Paris. Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschloß sich gestern mit dem Wiesbadener Abkommen. Er hörte den Urheber des Abkommens, den ehemaligen Minister für die freien Gebiete, Boucicaut, an, der erklärte, man könne das Wiesbadener Abkommen

Bermischtes.

Sum Selbstmord des Frauenmörder Großmann. Aus Berlin wird in Ergänzung unserer Meldung noch mitgeteilt: Bei der Eröffnung der Verhandlung im Prozeß gegen den Frauenmörder Großmann machte der Vorsteher die Beteiligung, daß Großmann etwa eine Stunde vor Beginn des Termins in seiner Zelle sich das Leben genommen habe. Er hatte die wenigen Minuten benutzt, die ihm bei der Ablösung des Befreiungspersonals zur Verfügung standen, und sich an seiner Zimmertür mit einem Strick erhängt, den er aus seinem Bettzeug gebreit hatte.

Staatsanwalt Dr. Lehmann beantragte heraus die Einstellung des Verfahrens. Vorsteher Landgerichtsdirektor Jaap erklärte das Verfahren für eingestellt, da der Angeklagte sich vor einem höheren Richter gefestigt habe.

Brand eines Bengin-Depots. Gestern entstand auf noch unaufgeklärte Ursache im Depothaus der Deutsch-amerikanischen Petroleumsgesellschaft an der Bahnlinie Hof-Wölfendorf ein Brand, durch den für 75 000 K Bengin verbrannt ist. Die Kaufleute Georg Küngel und Sommer wurden dabei schwer verletzt.

Bankrott Gemeinde. Aus Gelsenkirchen wird berichtet: Nach Mitteilungen in der Gemeinderatssitzung

Kraft sehen, ohne die Ratifizierung durch die Kammer abzuwarten, da es nicht unter der Bedingung der Annahme durch das Parlament abgeschlossen sei. Nach langem Meinungsauftauch beschloß der Ausschuß gegen die Stimmen Tardieu und des früheren Ministerpräsidenten Rovages, den Grundsatz des urprünglich zwischen Voucuer und Rothenau abgeschlossenen Abkommen anzunehmen. Auf den Vorschlag Brändls jedoch wurde dann mit 7 gegen 4 Stimmen beschlossen, die Zustimmung zu dem nachträglichen Abkommen Biller-Büssel aufzuhoben, da der ehemalige Minister Voucuer die These aussetzte, daß das abgedeckte Wiessbadener Abkommen den deutschen Industriellen gestattete, unbegrenzt die Preise für Materiallieferungen zu erhöhen. Die Kommission sandte einige ihrer Mitglieder zum Präsidenten Voincure, um ihm ihre Ansichten auszutauschen und um ihn zu fragen, ob es nicht möglich sei, daß Wiessbadener Abkommen unter den von Voucuer berechneten Bedingungen sofort in Kraft zu setzen. Da die Delegation den Ministerpräsidenten gestern jedoch nicht sprechen konnte, wird dieser Schritt heute erneut.

Ein Hund

(Terrier) entlaufen. Ges. bel. abg. Gröba, Kirschstraße 2. v.

Entlaufen

Ist ein engl. B. von brauner Farbe, zw. 100, kug. Schwanz, lange Ohren, auf den Namen Seppel hörend. Ges. gute bel. abg. im Gambrinus-Schlösser 24

Hund Damenbluse gefunden.

Rathaus, Zimmer 4.

Ginige möblierte

Zimmer

möglichst sofort gesucht. Angebote unter P R 9116 an das Tageblatt Niela.

Suche leerst. Zimmer, evtl. auch möb., ohne Bettwölfe. Werte Offeren erbeten unt. T R 9119 an das Tageblatt Niela.

Aufz. Herrn in eig. Bettwölfe sucht für sof. od. 15. Zimmer. Off. u. Z R 9126 an das Tageblatt Niela.

Aufz. toller Herr, 22 Jahre alt, wünscht die Bekanntschaft eines netten Mädchens im Alter von 17-22 Jahren, zweiseitig.

Heirat.

M. Off. erb. unt. A S 9126 an das Tageblatt Niela.

Heirat.

schnellkens und glücklich vermittelt. O. Menzel, Weissen, Nikolaiweg 5. Behörde: konzessioniertes Vermittlungs-Institut.

Suche sol. tüchtiges fand. Hausmädchen

nicht unter 18 Jahre alt, bei gutem Lohn.

Hausmädchen

nicht unter 17 Jahren, für 1. August gesucht.

Oskar Pfund, Staudis.

Schreinwandier, sicher Rechner sucht tagsüber Beschäftigung.

Offeren unter X R 9123 an das Tageblatt Niela.

Die goldene Brücke.

Ein Roman aus der Biedermeyerzeit von Anna Wolke. Amerikanisches Copyright 1918 by Anna Wolke-Mahn, Leipzig.

84. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Ja, ein fröhliches Sterben, sie erlebte es jetzt oft — und sie war noch so jung und wollte leben!

Schritte schenken sie auf. Er schreckt sie auf den Weg. Da stand Doctor Hermann Waller vor ihr.

"Fräulein Leonore," sagte er, "du hast stehen, verzweigt Sie, daß ich hier sitze, vorhin, als ich im Trauerhof hinter dem Sarge eines Mannes herging, der mir in Leben lieb und wert gewesen, gingen Sie an mir vorüber. Und weil ich Sie leider nur so selten sehe, möchte ich Ihnen wenigstens schnell guten Tag sagen."

Vorchen deutete stumm auf die Hand. Sie wußte selbst nicht, warum sie erschrocken war. Wie im Verlegenheit sah sie ihre, mit Rosen geschmückte Schuhe wieder auf das braune Haar und knüpfte die Hände unter dem runden Hinterkopf zu einer großen Schleife.

"Es ist schön hier, bei den Toten," sagte sie, "die Luft ist still und voll Rosenduft. Spüren Sie es, Herr Doctor?"

Hermann Waller strahlte das junge Mädchen mit seinen blauen Augen begierig an.

"Ja, Fräulein Vorchen! Mir ist, als müßte ich in diesem Blütenmeer versinken!"

Vorchen lächelte und zerzauste eine Rose in ihren weißen Händen.

"Nun spricht wieder der Dichter! Sie sagen, wir seien und jetzt selten? Warum nur? Wir alle haben Sie vermisst, Herr Doctor."

Eine leichte Röte lag über das barfüßige Gesicht Wallers. Er hatte seinen Rollkoffer mit dem Trauerhof abgenommen und der Abendwind spielte mit seinem weißen Blondhaar, das ihm in einer widerspenstigen Locke auf die hohe Stirn fiel.

"Das hätte ich nicht gebacht, Fräulein Vorchen. Sie sind ja von ganz anderen Dingen in Anbruch genommen. Wenn hätten Sie Interesse für meine Dichtungen gehabt, Sie wären gewiß Mittwochs zu Vogels gekommen. Sie wissen doch, daß ich in dem stillen Garten jeden Mittwoch meine Verse vorlese?"

Vorchen sah tief auf.

"Wie gern wäre ich gekommen. Zu viel anderer lag mir im Sinn," und als sie in die forschenden Augen sah, leiste sie unwillkürlich einen "hebräischen" Anflug.

Berentzung russischer Geistliche.

X Bonbon. Nach einer Meldung aus Moskau wurden in dem Prozeß gegen die Geistlichen, die sich der Requisitionierung von kirchlichem Eigentum widerstellt hatten, 11 Geistliche zum Tode verurteilt, 53 erhielten Gefängnisstrafen von 5 Jahren aufwärts.

Der Kampf in Irland.

X Dublin. Der Kampf gegen die irischen Aufständischen in der Provins hat jetzt ernstlich begonnen. Es werden aus mehreren Grafschaften Kämpfe gemeldet. Der irische republikanische Führer Cathal Brugha, welcher bei den jüngsten Kämpfen in Dublin schwer verwundet worden war, ist gestorben. Die Polizeiakademie in Sligo, die von den Aufständischen besetzt worden war, ist von Freikräften eingenommen worden.

Sport.

Fußball. Morgen Sonntag sind Fußballwettkämpfe von früh 9 Uhr bis 15 Uhr auf dem Schwarzen Platz, an-

schließend großes Werbespiel zwischen Leipzig-Ost I. und Dresden-Vormärz II. Das Spiel verspricht sehr interessant zu werden, da Sport-Club Ost eine der besten Leipziger Mannschaften ist. Torwächter und Mittelläufer spielen mehrfach in Städtemannschaften.

Damenhandball in Niela. Im 1. Verbandspiel der Damenhandballklasse Nordostland begegnen sich morgen nachm. 3 Uhr auf dem Schwarzen Platz die 1. Damenmannschaften vom Hartauer Ballspielklub und Nielaer Sportverein.

Reichsberichtliche Jugend- und Knabengaumeisterschaften 1922 in Waldheim. Morgen finden auf dem prächtig ausgebauten und schön gelegenen Sportplatz der Waldheimer Spielvereinigung die Jugend- und Knabengaumeisterschaften des Gaues Nordostland statt. Der Nielaer Sportverein stellt hierzu etwa 20 Jugendliche und Knaben, die zahlreiche Einzelwettkämpfe dekretieren. Außerdem hat der Jugendgaumeister eine 4x100 m-Staffel gemeldet, während der Knabengaumeister mit zwei 4x50 m-Staffeln vertreten sein wird.

Werkmeister

f. Maschinenbau

mit gründlichen Kenntnissen in mittlerer Blechbearbeitung, Schweißerei, Schmiede per sofort gesucht.

Angebote m. Bild. Lebenslauf unter 68 800 an die Gun-Erwerbung, Eisemann, Berlin W. 35, Postsäule 104.

Größte Neuheit!

Nielen-Schlager!

Wiederveräußerter und Kaufier sofort gesucht. Muster gegen M. 10 Franco. "Neuwolo" Neuheiten - Industrie A. Voche, Leipzig 12, Neumarkt 21.

Stücke für 1. August bei häuslichem Sammlerantritt gesucht.

Ein Pferdefleisch und ein Junge z. Milchfahnen wird gesucht. Mödlitz, Genda.

Pferdefleisch zum sof. Antritt sucht Fischer, Genda.

Auecht

sofort gesucht. Höria, Valschen.

1 Grünearbeiter

wird angenommen. Gutsbet. Menzel, Weida.

Tischler

auf Bau u. Möbel, sowie Tisch. Maschinenarbeiter für sofort gesucht. Tarif Dörfelkasse 3. Wen. Wohnungsmangel ledige bevorzugt.

Josef Rieger, Nacht., Ehrenberg i. Paul.

Verh. Stellmacher sucht Stelle auf Mittergut ob. Fabrik, wo Wohnung vorhanden, als Stellmacher, oder Hofimmermann.

Angebote unter V R 9121 an das Tageblatt Niela.

Herren-Rad

zu verkaufen. Zu verkaufen. Gutsbet. Vobis Nr. 18.

Großecke auf Bau u. Möbel, sowie Tisch. Maschinenarbeiter für sofort gesucht. Tarif Dörfelkasse 3. Wen. Wohnungsmangel ledige bevorzugt.

Josef Rieger, Nacht., Ehrenberg i. Paul.

Verh. Stellmacher sucht Stelle auf Mittergut ob. Fabrik, wo Wohnung vorhanden, als Stellmacher, oder Hofimmermann.

Angebote unter V R 9121 an das Tageblatt Niela.

Hausmädchen

nicht unter 17 Jahren,

für 1. August gesucht.

Oskar Pfund, Staudis.

Schreinwandier, sicher Rechner sucht tagsüber Beschäftigung.

Offeren unter X R 9123 an das Tageblatt Niela.

Am Dienstag, den 11. Juli, abends 8 Uhr findet der dritte

Steuerauflösungs-Auktus

im Restaurant "Elbterrasse", Niela, statt. Anmeldungen hierzu nehmen noch entgegen: Herr Seilermeister Bergmann, Hauptstraße, Herr Kaufmann Stark, Albertplatz.

ADERVERKALKUNG

Verl. Sie Gratiskarte über San. Rat Dr. Weisse's giftreiche Hansekuren. Dr. Gebhard & Cie. Berlin W. 35, Postsäule 104.

Regale und

Schauenseitereinrichtung

zu verkaufen bei Albrecht, Petzinerstraße 20.

Obst-Verpachtung.

Die gesamte Obstplantage des Ekelmannischen Gutes in Paulitz soll verpachtet werden. Diesbezügliche Angebote sind bis zum 25. d. Mon. an Unterzeichner einzureichen, wobei auch die Bedingungen zu erfahren sind. M. Zobke, Antikettor.



In unserer Verkaufsstelle Olshaus steht ab Montag, den 10. bis., eine neue Sendung sehr guter hochtragender

jeveländer Rübe

und jeveländer Herdbuch-Zuchtbullen

durch uns. Vertreten: Herr Mag. Demmichen, Schöllnau, Telefon Olshau 263, äußerst preiswert zum Verkauf. Jever in Oldenburg. Gut Gattens.

Gebr. Schipper, Landwirte

amtliche Verkaufsvermittler des Jeverl. Herdbuchs.

Kinderwagen

gut erhalten, zu kaufen, a. f. Angebote unter W R 9122 an das Tageblatt Niela.

Jugendwagen mit Plane

zu kaufen gesucht.

Offeren unter B S 9127 an das Tageblatt Niela.

Wüschemangel

gut erhalten, zu verkaufen. Zu erkennen

im Tageblatt Niela.

3 Glücks m. Schuppen

zu verkaufen. Zu erkennen im Tageblatt Niela.

Großecke

zu kaufen gesucht.

Offeren unter B S 9127 an das Tageblatt Niela.

Schlachthof-Dünger

nach allen Stationen empfohlen.

Reichenbach 740. Fernprecher Niela 740.

Großer Wosten

Doppelfalz-ziegeln

bat preiswert abzugeben.

P. Knösel, Zeithain.

Stehkragen

4 Tbd. Nr. 26 u. 27, sehr gut erhalten, billig zu verkaufen.

Gröba, Kirschstraße 2.

Cheu, Rockaus.

4 Paar Damenrocke,

eis. Blümchen,

Strickmaschine zu verkaufen.

Zu erste im Tagebl. Niela.

Brillengebrannte

Graufalz

Montag eingetrendend, empfiehlt.

M. Knösel, Bahnhof, Niederau.

Was will der

Lebensbund ??

Der L. B. ist die erste,

Sonntag, den 9. Juli,
nachm. 2 Uhr

Ruder-Wettfahrt auf der Strecke Großer Baum — Bootshaus

Hotel Stern

Sonntag, den 9. Juli

großer Sommernachtball

Handkavalle unter persönlicher Leitung
des Herrn Obermusikmeister E. Otto

Neueste Schlager

Großstadt-Diele

Anfang 4 Uhr

Es lädt ergebnist ein Hermann Otto.

Café Promenade.

Morgen Sonntag

Künstler-Konzert.

Erdbeerbowle, Eis, Getränke.

Schwimm-Club „Otter“ von 1908

Riesa.

Morgen Sonntag nachm. 2 Uhr
im Städtischen Bad zu Oschatz

Werde-Wettschwimmen

ausgeführt vom E.C. „Otter“ von
1908, Riesa. — Mithilfe:

Schwimm-Verein Oschatz.

Ab nachmittags 5 Uhr im Schwimmbad Oschatz

Siegerfeier mit Tanz.

Der Vorstand.

Talentanwaltstülio-Sack,

Leipzig, Brühl 2.

Alte Mutter merkt!
Ich spreche aus Erfahrung:
Die Krone aller Werke
Ist Treks-Kindernahrung.

Allee Bindewald
Paul Quitta

Riesa, den 9. Juli 1922.

Paul Tunger und Frau
geb. Schauerhammer
beehren sich ihre Vermählung anzuseigen.

Dresden / Riesa, 8. Juli 1922.

Als Verlobte grüßen
Hulda Lehmann
Robert Lausche
Boberken / 8. Juli 1922 / Riesa

Für die vielen Beweise herzl. Teilnahme
beim Heimgang unseres lieben Vaters.

Karl Robert Zschörnig
sagen wir allen unsern
herzlichsten Dank.

Boberken, 7. Juli 1922.
Die tieftreuernde Gattin nebst allen
Hinterbliebenen.

Kein Arzt, keine Rettung war für Dich,
Doch Jesus sprach: „Ich heile Dich.“

Sanft und ruhig, nach kurzem Kranken-
lager, entschlief heute früh 1,5 Uhr unser
guter Vater, Schwieger- und Großvater,
der Eisenbahnpionier Herr

Johann Friedrich Eduard Vogel
in Gröba
im 86. Lebensjahr. Schmerzerfüllt
nebst Frau Minna geb. Vogel u. Kinder.
Gröba, 8. Juli 1922.
Die Beerdigung erfolgt Dienstag nach-
mittag 1,2 Uhr vom Trauerhause aus.

Vereinsnachrichten

Wiedersehen Riesa. Sonntag, 9. Juli, norm. 10
bis 11 Uhr Sprechstunde Kaff.-Wld. 20 p.
Leitung: Febre. Mittwoch, 12. Juli, abends
8 Uhr Elbierstraße Mitgliederversammlung. Vor-
trag: Reichsmilitärgeschichte.

Mandolinenverein „Wanderbogel“. Sonntag, 9. 6.
nachm. 1 Uhr im Karpen. Versammlung.

Gabelsberg, Stenogr.-Verein Riesa. Montag, 9. 7.
abends 8 Uhr Monatsvers. im Kronpr. Abrechn.
über die Landesbaupr. Zahlr. Erich, erw.

Deutscher Beamtenbund, Ortsgr. Riesa. Deimhütten-
aussch. Montag, 10. 7., 8-11. Gewerkschaftsbund.

Landau. Handfrauenverein Riesa u. Umz. Dien-
tag, 11. Juli, nachm. 8 Uhr Café Möbius Verf.

Verein der Erzgebirger und Vogtländer. Dien-
stag, 11. 7., 9 Uhr Monatsvers. Schlachthof.

Orpheus. Mittwoch, 12. 7., von 8 Uhr abends ab
Familienabend im Stadtteil. — Instrumental- und
Gesangskonzert. Durch Mitglieder ein-
geföhrt. Gäste sind willkommen.

Gehörverein Aumühle. Donnerstag 8 Uhr Vereins-
abend im Park.

Waldschlösschen Röderau.

Sonntag, 9. Juli, nachm. 4 Uhr

Garten-Konzert

ausgeführt von der 1. Mandolinisten-
und Gitarristen-Vereinigung Riesa-Gröba.

Nach dem Konzert feiner Ball.

Die Vereinigung.

Zum Anker, Gröba.

Morgen Sonntag

feine öffentl. Ballmusik.

Gasthof Moritz.

Sonntag, Sommer-Bergnügen

veranstaltet vom Spielclub „Notes Daus“ Riesa.

— Ab 10 Uhr Damenwahl. —

Anfang 5 Uhr. Ende? Der Vorstand.

Gasthof Gohlis.

Sonntag, 9. Juli, feine Ballmusik,

Anfang 5 Uhr, wozu freundlich einlädt A. Annie.

Gasthof Mehltheuer.

Sonntag, 9. Juli, Schulfest.

Von 4 Uhr an großer Ball.

Es lädt ergebnist ein G. Kinder.

Gasthof Nergendorf.

Morgen Sonntag von nachm. 5 Uhr an

feiner öffentlicher Ball.

Hierzu lädt freundlich ein Paul Höfer.

Gasthof Münschitz.

Sonntag, 9. Juli, nachm. 5 Uhr

grobes Militär-Garten-Konzert

ausgeführt von der Kapelle des Inf.-Regts. Nr. 7

unter persönl. Leitung d. H. Obermusikdir. Schröder.

Nach dem Konzert Ball.

Bei ungünst. Wett. findet das Konzert im Saale statt.

Ergebnist lädt ein Max Neubisch.

Gasthof Glaubitz.

Dienstag, 11. Juli, großes Extralonzer

ausgeführt von der Großenhainer Stadtkapelle.

Nach dem Konzert feiner Ball.

Hierzu lädt freundlich ein Otto Donat.

Steinholtz-

und Terasso-Fußboden

der beste, praktischste und dauerhafteste Boden für
Rücken, Haussluren, Läden, Zimmer, sowie Büro-
räume wird preiswert ausgeführt vom

Baugeschäft Müller, Münschitz

gegründet 1900.

Brunnen-Unterhöhre

zu verl. Böhmen Nr. 2.

Staunend billig

kunststoff Händler u. Wiederverkäufer in pa. Qual.:

Khaki-Schlafleinen

Sommer-Zeltplan-

Zwirn-Lüster-Militär-Pilot-

Manchester-Zwirn-Kammgarn-

sowie sättl. Anzüge

bei Schießen Beliebung in der

Schießhalle.

Der Vorstand.

Willy Kreighmar

Maribel Kreighmar

geb. Häbner

Vermählte

Gröba Döbeln

8. Juli 1922.

Für die vielen Beweise

der Liebe, Teilnahme und

den schönen Blumenstrauß

beim Begegnung unter uns

lieben Freunden sagen wie

herzlichen Dank.

Röderau, 7. 7. 1922.

Familie Max Weber.

Die heutige Nr. umfaßt

8 Seiten.

auf der Strecke

Großer Baum — Bootshaus

Sonntag, den 9. Juli 1922:

Frühstückspause 11-1/2 Uhr.

Grosses Künstler-Konzert

von 6 Uhr ab.

Café Central.

Rotkreuz-Opfertag.

Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern veranstaltet das Sächsische Kreuz zur Beschaffung von Mitteln für die Durchführung seiner seit Friedensschluß übernommenen Aufgaben in der Zeit vom 8.—16. Juli 1922 in ganz Sachsen

Rotkreuz-Opfertage.

Auch in Riesa soll Mittwoch, am 12. Juli 1922 ein solcher Opfertag veranstaltet werden, und zwar im Hinblick auf den Ernst der Zeit lediglich in Gestalt einer

Haus- und Büchsenansammlung

ohne jegliche festliche Veranstaltungen.

Die neuen Aufgaben des Sächsischen Roten Kreuzes erstrecken sich insbesondere auf die Krüppelhilfe, Bekämpfung der Tuberkulose, Hilfsleistung bei außerordentlichen Unglücksfällen und allgemeinen Notständen, Ausbildung von Krankenpflegepersonal, Beschaffung von Geräten und Mitteln zur Rettung und Krankenpflege, Ausübung des freiwilligen Rettungsdienstes, Krankenförderung und Flüchtlingsfürsorge.

In Riesa sollen die Erträge des Rotkreuz-Opfertages, soweit sie für örtliche Zwecke Verwendung finden dürfen, restlos zur Stärkung des vom Albert-

zweckverein bereits früher gestifteten Krankenhaus-Freibetten-Fonds für bedürftige Riesener Einwohner der mit der steigenden Not der Bevölkerung dringend weiterer Mittel bedarf, Verwendung finden.

Im Vertrauen auf deren jederzeit bewährten Opferwillen richten wir deshalb an unsere Einwohnerchaft die herzliche Bitte, für die obigen Zwecke den freiwilligen, mit Sammelbüchsen und Listen ausgerüsteten Sammlern, ein jeder nach seinen Kräften, einen Beitrag einzuhängen.

Auch die kleinste Gabe ist willkommen und wird mit wärmstem Dank entgegengenommen.

Riesa, den 7. Juli 1922.

Der Zweigverein Riesa vom Roten Kreuz.

Der Albertzweigverein Riesa.

Die Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Riesa.

Albin Riesa Riesa, Hauptstraße 1

1. Etage — Nachbarschaft

fertigt Klag., Abnahm-

bef., Gesuche, Kauf- und

and. Verträge, Schreib-

maschinenarbeiten jeder Art an. — Räterteilung in

Büro- und Straßenseiten. — Telefon 744.

Achtung! Radfahrer!

Sie bezahlen keine Fahrtspesen, wenn Sie Ihre Mäntel und Schläuche bei mir kaufen, alle ersten klassigen Marken (Continental, Michelin, Dunlop, Peter) in Riesenauwahl, Kindervorhänge, Einkaufswagen, Wasserschlauch.

Eigene Reparatur-Werkstatt. Bei mir gekaufte Decken, Schläuche, Kinderwagenreifen werden gratis aufgezogen.

Otto Mühlbach Riesa, Bismarckstr. 11. Ecke Schloßstraße.

Ziegeln auf Abruch zu verkaufen. In erster im Tage. Riesa.

Gasthof Reuß. Sonntag, 9. 7., lädt zum Kirchtagesschmaus mit

Ballmusik (Anf. 6 Uhr) ein. Bentzin.

Gasthof Wülfritz. Sonntag, den 9. Juli, öffentliche Ballmusik. Anfang 6 Uhr. Hierzu lädt freundlich ein Friedrich Ebert.

Gasthof Zeithain. Sonntag, den 9. Juli, von 6 Uhr an öffentliche Ballmusik.

Oberschlesiens Befreiung.

Die Truppen der Alliierten sind aus Oberschlesien abgesogen, und der Unterschied zwischen der Haltung der Engländer und Italiener auf der einen und der Franzosen auf der anderen Seite ist ungeheuer groß. Man muß anerkennen, daß abgesehen von der Entscheidung über Oberschlesien, England und Italien mit ihren Truppen wirkliche Freunde gewesen sind, dagegen hat Frankreich, genau so wie während der Zeit der Ausstände der Polen, auch beim Abzug Nachgelüste an der deutschen Bevölkerung geführt und noch in letzter Stunde ein Blutbad angerichtet. Die letzten Maßnahmen vor dem Abzug waren dazu angezogen, die Erregung der Bevölkerung zu steigern, und diese Erregung, obwohl keine Ausschreitungen erfolgten und keine Auseinandersetzungen von deutscher Seite begannen worden sind, genügte den Franzosen, um an vielen Orten in die Menge, die vor Freude über die Befreiung von langem schweren Druck sich angestellt hatte, blindlings hineinzuschießen. In Gleiwitz hat noch vom Hause aus das französische Militär einen Schiezenzug verschossen. Gedenkt der Grande Nation.

Nicht für ganz Oberschlesien bedeutet der Abzug der alliierten Truppen die Befreiung. In dem an Polen fallenden Teile vergrößern sich die Schwierigkeiten täglich mehr. Nichts ist aus ordnungsmäßigen Übernahme der Verwaltung vorbereitet, die ganze Verwaltung stockt. Verlebte egistiert so gut wie überhaupt nicht; aber das ist nicht das schlimmste. Die zurückgebliebenen Deutschen haben kein beweisbares Geld und sind polnischen Soldaten trotz der verschiedenen Abkommen so gut wie schwatz preisgegeben. Nur der an Deutschland zurückfallende Teil kann aufatmen, obwohl an der Grenze polnische Banden warten, dann, als ihre Angriffe am deutschen Grenzschutz scheltern, polnisches Militär sogar mit Panzerzügen die Flucht gestoppt hat; doch scheint die Gefahr nunmehr beseitigt, daß sich Polen noch über die gesetzlose Grenze hinaus deutschen Landes bemächtigen können. Unermeßlich ist der Jubel des gesamten Volkes im deutschbleibenden Oberschlesien. Große in der Zeit der Parteidiktatur ist es eine Genugtuung, die Rückkehr eines deutschen Volksstammes zum Mutterlande unter stürmischem Jubel aller Kreise sich vollständig zu feiern. In Oberschlesien hat auch die Arbeiterschaft keinen Anstoß daran genommen, als das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ und andere vaterländische Gesänge spontan aus der Kasse emporjubeln.

Indessen für die nächste Zeit steht eine wichtige Entscheidung bevor, die auch jetzt dem oberschlesischen Volk eine gewisse Bedrückung bedeutet. Man fühlt es in Oberschlesien freilich als eine Frage zweiten Ranges, ob das deutsche Reichsgebiet bei Preußen bleiben soll oder innerhalb des Deutschen Reiches staatliche Selbständigkeit erhalten. Man ist weniger freudig davon, daß jetzt schon wieder eine Volksabstimmung die Menschen gegeneinander erregen soll, und die polnischen Kreise, die geringen Minoritäten, die noch vorhanden sind, enthalten eine außerordentlich starke Agitation, nicht nur für die Vottrennung von Preußen, sondern vom Reichsgebiet überhaupt. Das befretete Oberschlesien will ruhen. Deutlich mußte eine Fassung erfüllen, die es dem Lande vor der Entscheidung der Alliierten gemacht hätte. Über Oberschlesien hat genug durchgemacht, um nicht zu wissen, daß es in einem großen Volkskörper seine bessere Existenz findet.

Beerdigung der Opfer in Hindenburg.

Die bei den leichten Zusammenstößen mit französischen Soldaten gefallenen 18 Deutschen wurden auf Gemeindefeldern feierlich beerdigt. Unter den Behörden nahmen Reichswehr und Schutzpolizei an der Beisetzung teil.

Vertreibung von Deutschen.

Der „Vorwärts“ erläutert aus Hindenburg, daß gestern nach in Autonohütte 48 Familien gewaltsam vertrieben worden sind. In Königshütte sieht die polnische Polizei unzäglich den Gewalttäters an. Alltäglich finden Schiebereien an der Grenze mit Todesopfern auf beiden Seiten statt.

Der Eintritt in die Reichsregierung.

Auf die Anfrage des Zentrums und der Demokraten an die Deutsche Volkspartei, ob diese bereit sei in die Regierung einzutreten, hat die Deutsche Volkspartei, von den Grundgedanken ausgehend, die in dem Brief des Zentrums und der Demokraten ausgedrückt worden waren, einstimmig beschlossen, sich grundsätzlich zum Eintritt in die Regierung bereit zu erklären.

In Leipzig beschäftigte sich am Dienstag abend eine von über 1000 Genossen besuchte Funktionärsitzung der USPD. Groß-Leipzig mit der gegenwärtigen Lage, wie sie durch die Ermordung Rathenaus und die Verhöllung der Reichskonferenz geöffnet worden ist. Die Aussprache war eine außerordentlich lebhafte. Bis auf einen Redner wurde von allen Uebrigern der Beschluss der Reichskonferenz restlos gebilligt. Die Frage des Regierungseintrittes sowohl als auch die Einigungsfrage wurden eingehend erörtert und unterworfen. Die Sitzung zog sich bis nach Mitternacht hin und endete mit der Annahme einer Entschließung, daß unter den gegebenen Umständen durch den Eintritt in die Regierung der energische Versuch gemacht werden muß, den Bestand der Republik zu sichern und die Anschläge auf die Gründungsschäften der Arbeiterklasse abzuwehren. Die Funktionäre erwarteten aber auch von der SPD. und den Gewerkschaften, daß sie ihre ganze organisatorische Macht für die Eklämpfung der gemeinsamen Forderungen einsetzen und endgültig mit der verderblichen Politik der Vergangenheit brechen. Stellt sich im Verlaufe dieses Kampfes heraus, daß die beiden sozialistischen Parteien von gleicher Auffassung getragen sind und daher zu gleichem Handeln kommen, dann steht einer organisatorischen Vereinigung derselben nichts im Wege.

Heute vormittag wollten, wie der „Vorwärts“ schreibt, die Koalitionsparteien unter dem Vorzeichen des Reichslandrats zu einer Besprechung zusammentreten, in der das Regierungsvorproblem eingehend besprochen wird. Die Reichsregierung ist über die sozialdemokratische Auffassung bezüglich einer Regierungserweiterung nach rechts bereit unterrichtet worden.

Streitgefahr im Ruhrrevier.

Aus Bochum wird geschrieben: Auch das letzte Abkommen in Berlin zwischen Regierung und der Gewerkschaftorganisation im Bergbau hat einen großen Teil der Bergarbeiter nicht. Die Kirchdorfschen agitieren lebhaft für den Generalstreik. Der Bergarbeiterverband hat seine Mitglieder aufgefordert, am 15. Juli zum 1. August das Arbeitsverhältnis zu kündigen. Der Kirchliche Gewerbeverein und die Polnische Berufsvereinigung schließen sich diesem Vorgehen nicht an, sie bilden aber nur eine ansehnliche Minderheit. In verschiedenen Betriebsverhandlungen hat man sich bereits für den Streik ausgesprochen. Kommunistische Agitatoren durchzüchten das Industriegebiet. Mit dem Sohnabkommen würden sich die Bergarbeiter wohl abfinden, sie wollen aber in den Mantelsack aufgenommen wissen bestimmte Forderungen, wie Vermehrung und Sicherung der Rechte der Betriebsräte, Abschluß der Unorganisierten vom Tarifabkommen, Anerkennung des 1. Mai als Feiertag usw. Während die

Das Republik-Schutzgesetz.

Die Beratung im Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstages lehnte nach längerer Aussprache sämtliche vorgelegten Anträge zu § 1 des Gesetzentwurfes zum Schutz der Republik ab und gab ihm folgende Fassung:

§ 1. Wer an einer Vereinigung oder Verabredung teilnimmt, zu deren Verfehlungen es gehört, Mitglieder der republikanischen Bewegungen des Reiches oder eines Landes durch den Tod zu befehligen, wird mit Buchstabenstrafe bestraft, wenn die Befehlshaber nicht unter fünf Jahren oder mit lebenslänglicher Buchstabenstrafe bestraft. Mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Buchstabenstrafe wird bestraft, wer Teilnehmer an einer solchen Vereinigung zur Zeit der Ausübung der Tötung war, oder wenn in Kenntnis der Ausübung der Tötung war, oder wenn in Kenntnis der Verabredung Teilnehmer einer dahingestellten Verabredung ist.

§ 1a. Wer an einer geheimen Verbindung der im § 128 des Strafgesetzbuches bezeichneten Art teilnimmt, wird mit Buchstabenstrafe bestraft, wenn die Verbindung ein im § 1 Abs. 1 genanntes Ziel verfolgt.

§ 1b. Der Teilnehmer einer in den §§ 1 und 1a bezeichneten Vereinigung bleibt straffrei, wenn er der Beobachter oder der bedrohten Person von den Verfehlungen der Vereinigung, Verabredung oder Verbindung von den ihm bekannten Mitgliedern und deren Verbleib Kenntnis gibt, bevor in Verfolgung der Ziele der Vereinigung, Verabredung oder Verbindung eine Tötung begangen oder verübt worden ist.

§ 1c. Dem Teilnehmer an einer im § 1 und 1a bezeichneten Vereinigung, Verabredung oder Verbindung steht gleich, wie die Vereinigung oder Verbindung oder einer der an der Verabredung Beteiligten mit Rat und Tat, insbesondere mit Geld unterstellt.

§ 1d. Wer einen anderen beginnt (§ 257 des Strafgesetzbuches), wer eine im § 1 Abs. 1 genannte Person vorläufig getötet oder zu töten verübt hat, oder wer an einer solchen Tat teilgenommen hat, wird mit Buchstabenstrafe bestraft.

§ 1e. Wer vom Datein einer im § 1 und 1a genannten Vereinigung, Verabredung oder Verbindung oder vom Plane, eine im § 1 genannte Person zu töten, bestimmte Kenntnis hat, wird mit Buchstabenstrafe bei missdenkbaren Umständen mit Gefängnis, bestraft, wenn er es unterläßt, vom Betreuen der Vereinigung, Verabredung oder Verbindung von den ihm bekannten Mitgliedern, ihrem Verbleib oder von der geplanten Tötung und der Person des Täters der Verhöre oder der bedrohten Person unverzüglich Kenntnis zu geben. Diese Bestrafung findet keine Anwendung, wenn die Anzeige von einem Geistlichen in Anwendung des von ihm in Ausübung der Seelsorge Unvertrauten hätte erstattet werden müssen.

Nach Annahme obiger Fassung des § 1 wandte sich der Ausschuß dem § 2 des Gesetzentwurfes zu. Er wurde dem Unterausschuß überwiesen.

In der Nachmittagsitzung begann die Beratung des § 3 des Gesetzentwurfes zum Schutz der Republik. § 3 wurde angenommen. Bei Beredsamkeit des § 4 drehte sich die Diskussion darum, ob der Staatsgerichtshof bei Vergehen von Bundesbeamten auch aufständig sein sollte, auf dauernde oder zeitweilige Unfähigkeit zur Bekleidung von öffentlichen Ämtern und auf Entzug des Abgeboten zu erkennen. Auf Anregung des Abg. Bell (Btr.) und des Abg. Stresemann (D. Wp.) und Schücking (Dem.) beitraten, wurde § 4 Abs. 3 für die Beratung im Unterausschuß zurückgestellt. Bezüglich des Absages 1 dieses § wurde festgestellt, daß der

Christen und Polen durch weitere Verhandlungen einen Ausgleich erhoffen, wollen die andern es jetzt auf das Aussterben ankommen lassen. Kommt es zu einem Bergarbeiterstreik, so kann dieser nicht von langer Dauer sein. Die Streikfassen sind, bei der großen Arbeiterzahl, in wenigen Tagen gelert. Die Gewerkschaften können keinen Kredit geben. Andererseits sind die Abholenwerke ebenfalls in wenigen Tagen erschöpft. Noch keine Woche, und das gesamte Wirtschaftsleben, aller Verkehr ist lahmgelegt. Schwere Unruhen wären zu befürchten. Eine französische Besetzung des Ruhrgebietes würde kaum ausbleiben. Viele sind hier der Ansicht, es müsse, wenn die Atmosphäre sich reinigen sollte, erst zu einer Katastrophen kommen. Angesichts der durchdringen Folgen eines Generalstreiks kann man nur wünschen, daß es gelingen möge, doch noch zu einem friedlichen Übereinkommen zu gelangen. — Gewerkschaften ziehen auch über die Eisenindustrie auf. In den Städten Bochum, Duisburg, Mülheim, Hagen, Oberhausen, Hamm sind die Marienmauer und Hochöfenmauer in den Streit getreten, da die Eisenindustrie ja nicht nach dem Tarif der Hochbaumaister bezahlt will. Von heute auf verweigern sie auch die Rüstungsarbeiten. Kommt es hier nicht zur Einigung, dann liegen in wenigen Tagen alle großen Werke still. Die Welt im Industriebezirk ist mit Explosivstoffe gefüllt. Infolge der entsetzlichen Teverung gärt es allenthalben.

Gegen die Teverung.

Zur Ergänzung der gefirigen Nachricht über einen Ententeabschluß gegen weitere Streiks liegt heute eine Nachricht vor, wonach die Generalkommission der freien Gewerkschaften in Berlin beschlossen hat, für Dienstag der nächsten Woche einen allgemeinen Generalstreik stattfinden zu lassen, der sich auf das ganze Reich erstrecken soll. Der Streik ist als Demonstrationsstreik gegen die Teverung beabsichtigt. Seitens der Regierung wird verfügt, auf die politischen Parteien, die den Gewerkschaften nahestehen, Einstellung auszuüben, damit dieser das Wirtschaftsleben auf das schwerste bedrohendes Beschluß nicht Wirklichkeit werde. Gerade, daß dieser Streik geplant ist, um einen Druck auf den Reichstag wegen der Verabsiedlung des Gesetzes zum Schutz der Republik auszuüben, sind im Umlauf.

Der Dollar 527,50 Mark.

Der Freitag war der stürmischste und ungünstigste Tag, der auf dem Börsenmarkt überhaupt noch je zu verzeichnen war. Im Verlauf des Verkaufs am Berliner Börsenmarkt erreichte der Dollar zeitweilig einen Stand von über 540 M. Als der Kurs für Kabel errechnet wurde, trat indessen eine Abschwächung ein, so daß sich der Durchschnittskurs mit 527,50 M. berechnet. Das bedeutet eine Steigerung um nicht weniger als 73 M. gegenüber der Notierung am Donnerstag.

Steuer-Ermäßigung.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde nach längerer Beratung folgende Ermäßigung der Einkommenssteuer beschlossen: Die Einkommenssteuer beträgt für die ersten angefangenen oder folgenden 100 000 Mark steuerloses Einkommen 10 v. H., für die weiteren 50 000 Mark 15 v. H., für die weiteren 50 000 Mark 20 v. H., für die weiteren 150 000 Mark 25 v. H., für die weiteren 200 000 Mark 30 v. H. für die weiteren 200 000 Mark 35 v. H. für die

Rechtsausschuß im Prinzip dem Standpunkt des Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.) beitritt, der erklärt, daß neben jeder Verurteilung zum Tode und neben jeder Buchstabenstrafe wegen einer im Gesetz bezeichneten kraftvollen Handlung und neben den aufgrund des Strafgesetzbuches eintretenden Folgen bei Beamten und Militärs Personen auf Verlust aller gegen das Reich, die Länder oder Gemeinden bestehenden Abgebotansprüche zu erkennen ist. Auch kann auf Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervor- und Militärvorwürfe erkannt werden. Gegen Beamte und Militärs im Abstande ist auf Verlust des Abgebotes zu erkennen.

Dem Rechtsausschuß des Reichstags ist vom Unterausschuß eine Reihe von Vorschlägen für die Fassung des Gesetzes zum Schutz der Republik vorgelegt worden. Mit den Vorschlägen hat man versucht, die zahlreichen Anträge der verschiedenen Parteien zu dem Gesetzentwurf einander möglichst anzunähern und zu einem einheitlichen Ganzen zu verschmelzen. Trotz der ausgleichenden Arbeit des Unterausschusses führten die Vorschläge noch im Rechtsausschuß zu einer längeren Debatte.

Zu den Verhandlungen im Rechtsausschuß über das Gesetz zum Schutz der Republik erläutern die „R. R.“ von besonders unterschätzter Einzelheiten: Es scheint, als ob den Mehrheitssozialisten daran gelegen ist, einen Ansatz auf diesem Gebiete nicht auszunehmen zu lassen. Alles deutet auf das Beibehalten hin, eine Verhinderung aus vernünftiger Grundlage zu erzielen. Was hat auf dem Wege gegen seitigen Entgegenkommen es jetzt erreicht, daß dem Gesetz keine bedenklichen Einzelheiten entzogen wurden, indem man sich gegen alle Sonderbesteuern, sei es von rechts oder links, wendet und sie mit der größten Stärke abwehrt. Damit kann man dem Gesetz, wie es sich jetzt herausstellt, kaum noch die Überschrift „Gesetz zum Schutz der Republik“ geben, sondern man würde ihm eher gerecht, wenn es hieße „Gesetz gegen Gewerbe- und Sonderbesteuern“. Vorausichtlich wird man auch den Paragraphen, der sich mit der Beleidigung oder Verleumdung von Ministern befaßt, ganz fallen lassen, da man seine Gültigkeit und Echtheit erkannt hat. Auf jeden Fall ist es bisher gelöst, die übertriebenen Forderungen der Gewerkschaften abzuschwächen und eine Basis zu finden, auf der eine Verständigung zwischen den bürgerlichen Parteien und den Mehrheitssozialisten möglich erscheint. — Der Rechtsausschuß wird am Sonnabend und voraussichtlich auch am Sonntag durchtagen, um es zu ermöglichen, dem Plenum das Gesetz am Montag vorzulegen. Man hofft, die zweite Lesung am Montag zu Ende führen zu können.

Die bayerische Mittelvarste gegen das Abnahmegesetz.

Zu Augsburg fand eine Arbeitergemeinschaft für Schwaben der bayerischen Mittelvarste statt. Es kam einmütig die Übereinstimmung zum Ausdruck, daß „ein Aufstellen des verkehrsgefährdigen Abnahmegesetzes bei der erheblichen Zustimmung des bayerischen Volkes unabdingbar Folgen auslösen“ würde und daß dem Lande schwere Erfüllungen nur erwartet werden können, wenn die bayerische Regierung gegenüber dem Berliner Druck fest auf dem eingenommenen Standpunkt beharrt.

Weiteren 200 000 Mark 50 v. H., für die weiteren 200 000 Mark 45 v. H., für weitere 1 Million Mark 50 v. H., für weitere 1 Million Mark 55 v. H., für die weiteren Verträge 60 v. H. Ferner wurden die abzugleichenden Sicherheitsbeiträge von 100 auf 1000 Mark erhöht und die abzuzahlenden Sicherheitsbeiträge auf 5000 Mark erhöht. Angenommen wurde ein Antrag auf Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer. Die Abzüge wurden für den Steuererlösen und seine Ehesfrau auf je 400 Mark im Jahre, bei einem Einkommen bis zu 100 000 Mark, für Kinder auf 900 Mark bis zu einem Einkommen von 200 000 Mark, für die Verhüllungskosten auf 810 Mark erhöht. Die Verhüllung der Altersrenten soll in der zweiten Leistung geregelt werden. Die Kapitalrentensteuer soll bis zu 25 000 Mark voll und bis zu 50 000 Mark Einkommen zur Hälfte angerechnet werden.

Ruhrlanddeutschum und Rheinlandbesetzung.

In der letzten Zeit sind im Geschäftszimmer des Weltbundes der Auslandddeutschen, Hamburg, Teichstraße 29, mehrfach entrückte Briefe von Auslandddeutschen über die Rheinlandbesetzung eingegangen. Die ungeheuren Kosten für die Besetzung und die Bezahlung der Kriegsschulden sind überhaupt nicht in Einklang zu bringen, wenn die wahnkranken Nöten für zum Teil unnötige Ausgaben und verhöhnliche Poddaritäten der Delegierten und Ententekonsulare in dem Maße steigen, wie sie es bis zum Mai 1921 getan haben. Bis März 1921 beließen sich die Ausgaben der Bevölkerungsmäße für die Besatzungstruppen auf 3 Milliarden Goldmark und etwa 7,2 Milliarden Papiermark, die dem Deutschen Reich durch Leistung für die Internierungen im Rheinland erwachsen waren. Die für die Zeit vom 1. Mai 1921 bis Ende des Jahres erwachten Kosten betragen 22 Milliarden Mark, wovon Frankreich allein 14 Milliarden Mark beansprucht. Nicht diese ungeheuren Geldausgaben allein sind Grund der Entwicklung der Auslandddeutschen! Viel schlimmer ist die Beschämung von deutschem Ackerland! Etwa 5500 Hektar sind von der Entente der deutschen Feldbestellung entzogen worden. Durch den Ausfall an Saatgut und den Verlust des Bodens wird die Ernte ständig geschmälert. Wenn man ferner ein Bild von der Beschlagnahme von Theatern, von Schulgebäuden u. a. m. macht, dann erst hat man nur einen kleinen Begriff der ungeheuren Repressalien, die unsere Brüder am Rhein erdulden müssen. Unglaublich klingen die Kosten, die den landwirtschaftlichen Betrieben auferlegt werden. Kurzlich erzählte ein Herr, der vor kurzem von Südamerika nach hier gekommen ist, wörtlich: „In Südamerika wird alles in die Lese der Elektrizitätswerte geworfen außer kleinen Kindern!“ Die Kaufleute dröhnen wissen nicht, wie sie ihre Lager räumen sollen und sind froh, wenn sie zu Spottpreisen ihre Handelsaristos ablehnen können. Auch dort wird der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands sehr empfunden und die Hoffnungen richten sich auf einen baldigen Aufschwung des deutschen Handels.“ Q. R.

Waffenfunde.

In Bergedorf wurden im Gasthof Stadt Hamburg und an anderen Stellen der Stadt Räume gefunden, die neben Stahlhelmen und sonstigen militärischen Ausstattungsgegenständen auch einige Maschinengewehre mit Granaten und Tragutensilien sowie ungeladene Handgranaten enthielten. Vier Räume enthielten Planpatronen.

Scharfe Kritik wurde, abgesehen von einem Rahmen, nicht gefunden. Die Besitzer der Rästen sowie einige an ihrer Unterbringung beteiligte Personen wurden verhaftet.

Der "Vorwärts" meldet aus Magdeburg: Im Magdeburger Villenviertel wurden 15 Wachstumsgewehre und nach vorläufiger Schätzung gegen 500 Gewehre sowie Unmengen Munition gefunden. Darauf berichtet die "Volksstimme": Es wurden blöder folgende Verhaftungen vorgenommen: Der Besitzer oder Mitbesitzer der Firma Oberstleutnant a. D. Rastouf, der deutschnationale Stadtrat a. D. Trendmann und dessen Sohn Dr. Trendmann, der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei Magdeburg Major a. D. Schäfer, die Kaufleute Paul Steinbach und Hölsche. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Das bisher gefundene Material weist auf auswärtige Verbindungen hin.

Die Beendigung der Kriegsdebatte in der französischen Kammer.

In der Nachsitzung der Kammer wortete der Sozialist Poincaré vor, daß er bei den Friedensverhandlungen für eine begrenzte Besetzung des linken Rheinufers gewesen sei. Poincaré erklärte, er habe den Standpunkt vertreten, die Belagerung solange dauern zu lassen, bis die Zahlung erfolgt sei, und folglich zu handeln, wie Deutschland in den Jahren 1871/1873. Poincaré behauptete ferner, daß Poincaré sich der Erziehung deutscher Arbeitskräfte widersetze. Poincaré erklärte, er überzeugte sich nur der Erziehung deutscher Arbeitskräfte für das zerstörte Gebiet, wo die Deutschen durch den deutschen Einfall geflohen wären. Der Sozialist Blum erklärte, Deutschland schulde die Reparationen, selbst wenn man die Schulden am Ursprung des Krieges bereite lasse. Er wolle Deutschland nicht entlasten, die deutsche Forderung auf Übernahme von Toul und Verdun zur Sicherheit für die Neutralität Frankreichs halte er für unzuständig. Die Annahme dieser Forderung wäre moralischer Selbstmord gewesen, aber den Sozialisten erschien die Deute verdächtig, die durch Gewöhnung an den Kriegsgegenden unlängst würden, für den Frieden zu arbeiten. Poincaré betonte demgegenüber, er habe immer für den Frieden gewirkt. Als Blum die Politik Caillaux', besonders hinsichtlich des Abkommen nach dem Megalit-Fall, verteidigte, war Poincaré ein, daß er bei der Abstimmung das Abkommen unterstützt habe. Er habe nach dem Kriege die Hoffnung gehegt, daß Deutschland nunmehr eine friedliche Haltung einnehmen werde. Aber seine Hoffnung habe sich nicht erfüllt. Der Führer der radikalen Sozialisten Herriot, erklärte namens seiner Partei, daß die französische Regierung keinen Anteil an der Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch trage. Frankreich habe ein reines Gewissen. Ein kriegsverletzter Abgeordneter stimmte dem Wunsch Poincarés zu, die Verleumdungen zu überführen, sagte aber, er glaube nicht, daß die Regierung Poincarés die Kampagne von Deuten aufhalten werde, bei denen nach einem Ausspruch Clemenceau nur die Gewalt Recht habe. Herriot schloß mit dem Hinweis darauf, daß gegen Gachin und Vaillant-Couturier ein gerichtliches Verfahren wegen Anstiftung zur Revolte und Fahnenflucht droht. Die vom Alterspräsidenten Jules Siegfried, unterstützt von Krupp, Barthélémy, de Gascineau und dem Radikalen Renard, eingebrachte Tagesordnung, die mit 532 gegen 6 Stimmen von der Kammer angenommen wurde, lautet: Die Kammer tadelte und weist mit der ganzen Kraft ihrer Verachtung die Verleumdungskampagne zurück, die zugunsten Deutschlands organisiert wurde, um auf Frankreich die Kriegsverantwortung abzuwälzen, trotz der überzeugenden Tatsache des kategorischen Bekenntnisses, daß im Vertrag von Versailles gegenwärtig ist und daß der Reichstag in seiner Sitzung vom 10. Mai 1921 formell bestätigt hat. Die Kammer lehnt jeden weiteren Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Juli.
Eingegangen ist ein Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik. Präsident Voelke eröffnet die Sitzung um 10.45 Uhr.

Besprechung der Interpellationen betr. die Selbstschutzorganisationen usw.

fortgesetzt.

Abs. Hansel (Dnat. Vp.) legt seine gestern abgebrochene Rede fort. Die gesamte Linke bis zu den Demokraten verläßt bis auf einzelne Abgeordnete den Saal. Redner erinnert zur Einigkeit. Die Einigkeit in Ostpreußen habe dieses vor den Polen gerettet.

Abs. Dr. Götz (Dem.) spricht gegen die Dolchstosslegende. Das deutsche Heer sei moralisch zusammengebrochen vor der ungeheueren Übermacht der Feinde. Wie protestieren im Namen des deutschen Volkes gegen die Dolchstosslegende. (Bravo! links und im Zentrum.) Wir alle haben das Gefühl gebaut, unsere Pflicht zu tun für das Vaterland im Felde und zu Hause. (Weltall auch links.) Aber auch die Reichswehr ist unter Heer, auch das sind unsere Jungen. In einem solchen Heere gehört aber Mannesmuth, gehört militärische Erziehung, militärische Tüchtigkeit. Wir müssen auf die Offiziere und Unteroffiziere Rücksicht nehmen, die noch aus der alten Armee stammen, die gerade die militärische Tüchtigkeit überliefern. Dazu gehört Geduld. Die Republik braucht ein Heer, und dem Heere muß klar gemacht werden, daß es für die Republik zu arbeiten habe. Dazu gehört aber Zeit. Bisher bestand ein Erlass Rosse, wonach vor Generalsfeldmarschälen der alten Armee die Reichswehr entsprechende Ehrenbezeugungen zu machen hätte. Der Reichswehrminister hat diesen Erlass aufgehoben. Gehört hat die Auflösung der alten Formationen und die Entlassung vieler Läufer von Offizieren und Unteroffizieren sehr gleich durchgeführt. Die heutige Reichswehr kann sich wieder richten lassen. Die Offiziere der Reichswehr, die im Herzen

noch monarchisch sind, können noch nicht entlassen werden, weil kein Gesetz für sie da ist. Die Linke verlangt, die aus der Reichswehr entlassen wurden, weil sie nicht bereit waren, für die Republik ehrlich mitzuwirken, ist groß. Die höheren Offiziere sind der Überzeugung, es gebe für jeden Vaterlandstreuen nur eins: Mitarbeiten und sich der Republik zur Verfügung zu stellen. Der Reichswehrminister hat die Teilnahme an Regimentsfeiern generell verboten, geklärt ist nur die Teilnahme an der Entbildung von Denkmälern für die Gefallenen. Wir sind nicht so neidisch, wie Sie auf den Linken. Wenn wir bei jeder schwärmerischen Fahne schreien wollen: Die Republik ist in Gefahr, dann ist diese Republik ein Pfennig wert. Wir wollen leben und sterben für das Deutsche Reich und das deutsche Volk. Das ist das neue Nationalgefühl. Wir sprechen dem Reichswehrminister und den Führern der Reichswehr unser Vertrauen aus. (Beifall.)

Abs. David (Soz.): Die Rückführung des Heeres war eine verdienstvolle vaterländische Tat Hindenburgs. Ich habe aber unter meine Verehrung für Hindenburg einen Streit gemacht am 18. und 19. November, als Hindenburg im Untersuchungsausschuß die Dolchstosslegende von sich aus aufgenommen hat.

Abs. Höglund (Komm.): Wirkt der Rechten Revolution vor. (Während seiner Rede leert sich das Haus fast vollständig.)

Abs. Meier-Güstau (Soz.): berichtet über die Vorfälle in Südwürttemberg.

Abs. 8^o: Uhr beantragt Abs. Wester-Hessen (Dpn.), daß das Haus sich unbedingt öffnen gelte, Verzögung und beabsichtigt schließlich die Beklagtheit des Hauses. Das Präsidium muß feststellen, daß das Haus beschlußfähig ist. Die Sitzung hat damit ihr Ende erreicht.

Nächste Sitzung Montag, 5 Uhr nachmittags: Interpellation ergibt (Dnat.) wegen Auflösung rechtsgesetzter Organisationen, Interpellation Beder (Dpn.) wegen der Vorgänge in Darmstadt. Zweite Lesung des Gesetzentwurfes zum Schutz der Republik.

Sitzung 10.9 Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Verhaftungen zum Rathenaumord. Wie gemeldet wird, hat der Oberrechtsanwalt um die Verhaftung einiger der Organisation C angehörenden Studenten in München erlaubt. Der Antrag ist von der auständigen Beförde dem bairischen Ministerium des Innern zur Aushebung vorgelegt worden, das sich sofort einverstanden erklärt. Die Verhaftungen sind daraufhin umgehend erfolgt. — Über die Ermittlungen der Abteilung I A der Berliner Polizei verbreitet der "Vorwärts" eine Korrespondenzmeldung, laut welcher der in Düsseldorf verhaftete Ingenieur Kauer in Berlin eingehend verhört worden ist. Er bestreitet, von dem Mordeinsatz auf Rathenaus irgend welche Kenntnis gehabt zu haben. Durch umfangreiche Zeugenvorkehrungen ist aber ermittelt worden, daß er doch darum gewußt hat. Der in Oldenburg verhaftete antisemitische Verlagsbuchhändler Albert Grenz ist eine Triebfeder bei dem Anschlag auf Harden gewesen. In Groß-Berlin ist jetzt alles aufgeklärt. Im Reiche dagegen ist noch viel Arbeit zu verrichten. Alle Verhafteten werden nach Berlin gebracht. Bisher befinden sich gegen 30 Personen noch in Haft.

Verurteilung von Russen. Der "Freiheit" wird gemeldet, daß die Geschworenen im Prozeß gegen die ehemaligen russischen Offiziere, die das gesuchte Attentat in der Berliner Philharmonie auf Mistukow begingen, sämtliche Schuldfragen bejaht haben. Das Urteil lautete auf 12 Jahre Zuchthaus für den Angeklagten von Scheelski.

Dienstleistung eines Schupo-Kommandeur. Der Organisator und Kommandeur der Schupo-Polizei in Hannover, Reichsoberstaatschmeister v. Steuben, ist durch den Oberpräsidenten Rosse seiner Stellung vorläufig entzogen worden, weil bei einem Gartenfest in der Schupo-Saserne auf Veranlassung eines jungen Offiziers "Herr Dir im Siegerkranz" von der Kapelle gespielt wurde, ohne daß der ebenfalls anwesende Kommandeur dies verhinderte. Oberstaatschmeister v. Steuben gibt an, daß er selbst von diesem Vorfall übertrafft worden sei und daß er den betr. Offizier sofort auf seine Ungehörigkeit aufmerksam gemacht und ihn zur Rede gestellt habe. v. Steuben hat auch den Zwischenfall am nächsten Tage persönlich dem Oberpräsidenten Rosse zur Meldung gebracht.

Zahlungsmittel-Störung. Anfolge des Reichsdruckstreits, dem nach die Arbeiter der Reichsdruckerei trotz Bevollmächtigung ihrer Forderungen angeschlossen haben, mußte die Herstellung von Banknoten, wie die Reichsbank mittelt, vorübergehend eingestellt werden. Da die Bestände der Reichsbank in der verflossenen Woche durch die ganz ungewöhnlichen Anprüche zum Winterjahresabschluß nahezu erschöpft waren, ist eine empfindliche, auch die Lohnabnahmen erschwerende Störung in der Versorgung der Reichsbankanstalten mit Zahlungsmitteln eingetreten. Die Störung wird jedoch durch die Ausgabe einer Hilfsbanknote zu 500 Mark voransichtlich in den nächsten Tagen behoben sein, sobald die Reichsbank bereit ist in der kommenden Woche in der Lage sein wird, den Bedarf wieder voll zu befriedigen.

Hamburgs Seeschiffswerke. Infolge des Reichsdruckstreits, dem nach die Arbeiter der Reichsdruckerei trotz Bevollmächtigung ihrer Forderungen angeschlossen haben, mußte die Herstellung von Banknoten, wie die Reichsbank mittelt, vorübergehend eingestellt werden. Da die Bestände der Reichsbank in der verflossenen Woche durch die ganz ungewöhnlichen Anprüche zum Winterjahresabschluß nahezu erschöpft waren, ist eine empfindliche, auch die Lohnabnahmen erschwerende Störung in der Versorgung der Reichsbankanstalten mit Zahlungsmitteln eingetreten. Die Störung wird jedoch durch die Ausgabe einer Hilfsbanknote zu 500 Mark voransichtlich in den nächsten Tagen behoben sein, sobald die Reichsbank bereit ist in der kommenden Woche in der Lage sein wird, den Bedarf wieder voll zu befriedigen.

gleichen Zeitraum verliehen Hamburg 1449 Schiffe mit 1 235 714 Netto-Registertonnen gegen 1 233 987 Netto-Registertonnen im Jahre 1918.

Müngersdorff-Merzeichenaffäre. Dem Grenzpolizeiamt des Landessicherheitsamtes München ist es gelungen, eine geheime Druckerei aufzudecken, in der gefälschte Zigarettensteuermarken hergestellt wurden. Wie die Münchner Neuesten Nachrichten melden, ist festgestellt worden, daß sich unter den Beteiligten viele Münchener Geschäftleute befinden. Der Hauptübeltäter ist in Haft genommen worden. Die zur Herstellung der falschen Währungen verwendeten Apparate sind beschlagnahmt.

Kaiserwahl. Was nimmt in Bayern Aufenthalt? Die Mutter der früheren Kaiserin Sisi hat in Grünwald bei München Aufenthalt genommen. Wie nach der Münchener Abstimmung verlaufen, soll auch die frühere Kaiserin Sisi ihren Wohnsitz nach Bayern zu verlegen beabsichtigen. Ob sie aber die Aufenthaltsgenehmigung erhält, ist fraglich.

Protest der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften. Vom Ausschusse der auf der Konferenz in München am 6. d. M. vertretenen 24 deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften werden wir um Verbreitung des folgenden Protests ersucht: Die bei der am 6. Juli 1922 abgehaltenen Sitzung vertretenen 24 deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften sind einmütig der Überzeugung, daß der Besuch der Sanierung der durch Salutaverluste aus dem Auslandsgeschäft betroffenen 11 Gesellschaften auf dem ihnen durch Preisenotizen besetzten Wege völlig undurchführbar ist. Sie protestieren einmütig gegen das beispiellose Verfahren, gelehrgebende Maßnahmen in die Wege zu leiten, ohne daß ihnen Gelegenheit gegeben wurde, vorher dazu Stellung zu nehmen. In einer Sitzung an den Reichstag ersuchen sie um Bekanntgabe des Regierungsentwurfes und um Errichtung einer sachlichen Diskussionshalle hierauf. Die Bearbeitung ist in einem besonderen Ausschusse übertragen worden. Auch der Ausschuss des Verbandes deutscher Lebensversicherungsgesellschaften wird die Angelegenheit in der Sitzung am 11. d. M. behandeln.

5 Millionen Mark zum Schutz der Republik bewilligt. Der Gesamtbetrag für 1921 wurde im Thüringer Landtag mit den Stimmen der drei sozialistischen Fraktionen und der Demokraten gegen die Stimmen der drei Rechtsfraktionen angenommen. Zur Durchführung der von den drei sozialistischen Fraktionen geforderten Maßnahmen zum Schutz der Republik wurden 5 Millionen Mark bewilligt.

Schlesener-Dreier †. Der Präsident des Deutschen Bauwirtschaftsrats, Staatsminister a. D. Dr. Freiherr v. Schlesener-Dreier, ist in Berlin gestorben.

Im preußischen Landtag wurde das Amnestiegel Gesetz mit den Ausschusshandlungen mit nur geringen Abberungen angenommen. Nur § 3 des Entwurfs, der Straffreiheit für die anlässlich des Eisenbahnmordes im Februar 1922 verurteilten vorsieht, wurde mit 172 gegen 144 Stimmen abgelehnt.

Eine neue Zentierungsbilanz. Daut "Vorwärts" finden zurzeit mit Rücksicht auf die fortwährende Geldentwertung und die zunehmende Teuerung Verhandlungen zwischen den einzelnen Beamtenorganisationen statt, um eine neue Zentierungsbilanz in die Wege zu leiten.

Ungarn.

Ein Mordeinsatz. Über den jetzt stattfindenden Prozeß wegen der vor zwei Jahren in Isasz erfolgten Ermordung jüdischer Bürger ist das Budapester Korrespondenzzüro mit, daß sich aus den bisherigen vierjährigen Verhandlungen folgender Tatbestand ergebe: Die Täter gehörten weder der regulären Armee, noch der Gendarmerie an; sie waren vielleicht Mitglieder der mehr oder weniger militärisch organisierten Bürgerwehren, die sich nach dem Zusammenbruch der Rätediktatur zum Zwecke der Säuberung einzelner Gegenden von Kommunisten und rumänischen Soldaten bildeten und standrechtlich vorgingen. Diese Formationen wurden künftig abgebaut, als die Nationalarmee nach Abzug der Rumänen diese Gebiete teils belegte. Der Reiterverebrleutnant Joao Hesas übernahm in einem früher verfaßten Protokoll die volle Verantwortung für den Befehl zur Hinrichtung der Opfer. Als Grund für die Hinrichtung gab er an, daß die Befreitenden den Rumänen anderthalb Millionen Kronen angeboten hätten, wenn diese die Befreiung um drei Wochen verzögerten. Er habe jedoch Rücksichten nicht nur nicht gehabt, sondern sie aus strenger Verbote und sei in ihm bekannt gewordenen Fällen standrechtlich dagegen vorgegangen. Die Hauptverhandlung hat den Tatbestand des durchgängigen Mordes nach den bisherigen Zeugenauflagen bestätigt, abgesehen auch, daß die Hingerichteten während der rumänischen Besetzung in antinationaler Richtung sehr tätig waren.

Bulgarien.

Im Prozeß gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Radostlawow führt der Staatsanwalt in seiner Anklagesrede aus: Aus den Aussagen des Angeklagten und der Zeugen sowie aus den Aufzeichnungen des ehemaligen Minister Belschow geht hervor, daß das Radostlawow seit langem einen Offiziersstab im Sinne gehabt und planmäßig vorbereitet habe. Die Kriegserklärung ohne Zustimmung der Sowjetunion sei als Landesverrat anzusehen.

Brasilien.

Belagerungszustand. Nach einer Havasmeldung aus Rio de Janeiro haben Kammer und Senat für die Dauer von 30 Tagen den Belagerungszustand erklärt. Im Laufe des Monats sollen Granaten in das Kriegsministerium gefallen sein. Man spricht von vier Toten und sechs Verwundeten. Nach Konfisco wird eifrig gerügt. Nach anderen Meldungen soll er aufgesofordert werden sein, sich zu stellen, falls er nicht als Deserteur behandelt werden wolle.

Nutze dein Herdfeuer!

Backobst mit Kartoffelkloß

Ist zwar etwas anspruchslos.
Aber nahrhaft und gesund!
Bis die Klöße fest und rund.
Tut Persil*) zu gleicher Zeit
Wacker seine Schuldigkeit.

*) Persil, das selbsttätige Waschmittel reinigt, bleicht und desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis. 1



Zum Tüppen

Der Bericht des Sozialen am 11.7.1922
Die Sozialen berichten seit Jahr zu Jahr an die Reichsregierung,
die entsprechend, 10 Mill. und hundert
Die Sozialen berichten, sofern vereinbart,
Gebühren zu entrichten.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung
so zahlreich dargebrachten Glückwünsche und
Freunde danken, zugleich im Namen der
Eltern, bestätigt.

Wieda, im Juli 1922.
Alfred Wolf u. Frau Alma geb. Wendt.

